

Kieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drohanschrift: Tagesblatt Kiefa.
Bernau Nr. 20.

Das Kieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Kiefa, des Finanzamts Kiefa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkassentor: Dresden 1333
Circuloffiz Kiefa Nr. 32.

Nr. 198.

Sonnabend, 25. August 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Kieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1. bis 31. August 45000.— Mark einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Elben) 150000.— Mk.; Zeitraumber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, fest. Letzte. Unwilliger Rabatt erlischt, wenn der Beitrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Kiefa. Künftigige Linienhaltungsbeiträge „Erähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezüge: keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Kiefa. Geschäftsstelle: Wertheimstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Kiefa; für Anzeigen: Wilhelm Titzsch, Kiefa.

Zur 300 jährigen Stadtfeier.

Fünf Jahre nach Beginn des längsten und unheilvollsten Krieges, der über Deutschland in der Vergangenheit je gekommen war, wurde Kiefa Stadt. Wiederum fünf Jahre, nachdem der für Deutschland unheilvollste Krieg der neuen Zeit beendet war, gedenken wir der 300. Wiederkehr des Tages, da Kiefa Stadt wurde. Ein seltsames Zusammentreffen von Vergangenheit und Gegenwart bei der Gedenkfeier! Ein Zusammentreffen scheinbar mehr niederdrückenden als erhebenden Inhaltes. Doch kommt es darauf an, wovon das Gemüt sich will erheben lassen, ob nur von der Erinnerung an Glück und Glanz, oder nicht vielmehr auch von Zeugnissen treuer harter Arbeit, von Schaffen in Warten und Geduld, von Wagnis und Glauben.

Aus der gesamten Vergangenheit heben sich Rüge heraus, die wohl dazu angetan sind, ein ernstes Gemüt zum Nachdenken zu stimmen und ihm einen Eindruck zu vermitteln von dem Werten der Kräfte eines uns überlegenen Willens.

In Jahren, die eine tiefe Zerrüttung des Reiches durch innere Kriege einleiteten, 1064 und 1065, tritt die ganze heimatische Umgegend zum ersten Male als ein geschlossenes Gebiet in das Licht der Geschichte; das war, als König Heinrich IV. dem Bischof von Raumburg die weit über die Elbe hinübergreifenden Burgkreise, Borsig, Gröba und Strehla schenkte. Was ihn dazu bewog, konnte doch nur der Gedanke gewesen sein, daß der Bischof des Landes an der Saale, das selbst bis vor kurzem Grenzland gewesen war, kraft seiner Erfahrung und seines amtlichen Pflichtbewußtseins in dem neuen Grenzlande an der Elbe deutsches Christentum pflanzen sollte, um seine Bewohner in Frieden zu gewinnen, und um die Grundlage zu schaffen zu einem weiten Aufbaue deutscher Kultur. Länger als ein Jahrhundert währte es, ehe dieser Gedanke in der vom Kloster Kiefa ausgehenden Kolonisation eine Verwirklichung fand. Der Gedanke der besonderen Bestimmung unserer Heimat schien sich damit ausgewirkt zu haben. Aber aufs neue drängte sich nach Jahrhunderten einem Manne der Gedanke auf, daß der Ort an der Elbe, der von allen in der Umgebung das Erbe einer nicht unbedeutenden geschichtlichen Vergangenheit trug, noch zu etwas anderem heißen sein müsse, als

ein stilles Dorf zu bleiben. So erwuchs Christoph Jägelhauer der Gedanke, Kiefa das Stadtrecht zu erwirken. Wieder vergingen mehr als hundert Jahre, bis die Erwartung ganz leise anfang sich zu verwirklichen.

In den Zeiten, von denen die Urnenfunde der letzten Jahre anfangen Kunde zu geben, war unsere Heimat schon bevölkert. Sie lag nicht fern der uralten Verkehrsstraße, die bei Merschwitz und Borsig über die Elbe ging. Die Kunde von fern wohnenden Völkern und mit ihr manches Erzeugnis ihrer Kunstfertigkeit mag eher in unsere Heimat gekommen sein als in andere Gegenden des Landes. Aber ein Ausblühen des Ortes hatte die Nähe der großen Straße nicht zur Folge. Später gewann die nördlich über Lorenzkirch und Strehla sich hinziehende Straße größte Bedeutung. Kiefa lag zwischen beiden Straßen; aber ihr Verkehr förderte es kaum. Dann erhielt es überraschend den Elbübergang auf eisernen Schienen mit der ersten Eisenbahn Sachsens, der die alten Straßen nun weit überflügelte. So erfüllte sich, wenn auch in ganz anderer Weise als man in Vorzeiten denken konnte, die Bestimmung des Ortes, nach langem Warten.

Heute und am morgigen Sonntag vereinigen sich nun Stadtverwaltung und Einwohnerschaft unserer Heimatstadt Kiefa mit ihren lieben Gästen, um den denkwürdigen Tag, an dem vor 300 Jahren unserer Heimat das Stadtrecht verliehen wurde, in schlichter aber würdiger Weise zu feiern. Die unermüdete Tätigkeit der vorbereitenden Ausschüsse verbürgt ein gutes Gelingen des Festes. Der Ernst der Zeit verbietet leider die Veranstaltung eines Heimatfestes in größerem Ausmaße; immerhin soll die Gelegenheit, Heimat Sinn und Heimatliebe zu wecken und zu pflegen, nicht ungenutzt vorübergehen.

So mögen denn die Tage des Beisammenseins sich zu echten rechten Festtagen gestalten und bei allen Beteiligten jederzeit freudige Erinnerung wachrufen.

Mit diesem aufrichtigen Wunsche entbieten wir allen lieben Landsleuten von nah und fern ein herzlich

Willkommen in der Heimat!

Höchstpreise für Milch und Milchzeugnisse

ab 26. August 1923.

A. Vollmilch, Mager- und Buttermilch:

Für Lieferung ab Stall an Milchhändler, Molkereien oder Sammelstellen: Vollmilch	75000 f. b. Str.
Mager- oder Buttermilch	37000
Kleinhandelspreis für Erzeuger (Verlängerungspreis) ab Gehöft unmittelbar an den Verbraucher: Vollmilch	79000
Mager- oder Buttermilch	39000
Kleinhandelspreis ab Laden oder Wagen: für Vollmilch	94000
Für Mager- oder Buttermilch	47000

B. Butter:

Vom Aushalter an Wiederverkäufer ab Gehöft	783000 f. b. Wb.
Vom Aushalter an Verbraucher	884000
Vom Händler an Verbraucher	944000
Von den gewerblichen Molkereien, ab Molkerei an Wiederverkäufer	900000
Von den gewerblichen Molkereien an Verbraucher	980000

C. Speisequark mit höchstens 75% Wasserhalt:

Vom Erzeuger an Wiederverkäufer ab Gehöft	125000 f. b. Wb.
Vom Erzeuger an Verbraucher	137000
Vom Händler an Verbraucher	144000
Ab Molkerei an Wiederverkäufer	150000
Ab Molkerei an Verbraucher	168000

Im übrigen gelten die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 7. August 1923. Großenhain, am 25. August 1923. 1182 b IV. Der Kommunalarbeit.

Neuregelung der Höchstpreise für Milch und Milchzeugnisse in Kiefa

ab 26. August 1923.

Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 17. August 1923 — Nr. 191 des Kieser Tageblattes vom 17. August 1923 — gelten im Einvernehmen mit der örtlichen Preisermittlungsstelle folgende Höchstpreise:

A) für Vollmilch je Liter:

79000.— M. beim Erzeuger an den Verbraucher ab Gehöft (Verlängerungspreis)
98000.— M. für nicht molkeermäßig behandelte Milch (Ladungspreis)
120000.— M. für molkeermäßig behandelte Milch beim Kleinhändler einschließlich Molkerei

b) für Mager- und Buttermilch je Liter:

39500.— M. für Mager- und Buttermilch beim Erzeuger ab Gehöft
60000.— M. für Mager- und Buttermilch im Ladengeschäft;
c) für Butter je Pfund:
880000.— M. Landbutter ab Gehöft an den Verbraucher,
980000.— M. Landbutter im Kleinhandel,
980000.— M. Molkereibutter im Großhandel (in Stücken geformt),
1030000.— M. Molkereibutter im Kleinhandel.

Butter aus außerordentlichem Milch ist im Kleinhandel nur unter Andringung beim Rat erhältlich mit dem Ratstempel veriebener Etiketts zu verkaufen. Die Käufer werden im eigenen Interesse gebeten, jeden Fall der unterlassenen Andringung unverzüglich anzuzeigen.

d) für Speisequark je Pfund:

130000.— M. Landspeisequark im Kleinhandel,
170000.— M. Molkereispeisequark im Kleinhandel.

Die Preise sind Höchstpreise und verstehen sich einschl. der Umsatzsteuer. Zuwiderhandlungsfälle werden mit Gefängnis und Geldstrafe oder einer dieser Strafen, in schweren Fällen mit Nachhaus bestraft.

Der Rat der Stadt Kiefa, am 25. August 1923.

Rösch.

Der Rat hat beschlossen, die Mietzuschläge zur Grundmiete nach dem Reichsmietengesetz auf die Zeit vom 1. September 1923 ab wie folgt festzusetzen:

für Einsendebrief	1 Grundmiete
• Betriebskosten (Berechnungsgeld)	720 Grundmieten
• Verwaltungsaufwand	8
• laufende Instandsetzungsarbeiten	840
• grobe	80
eine Grundmiete selbst	1

zusammen 1650 Grundmieten.

Der Rat der Stadt Kiefa — Ortsmietenamt — am 25. August 1923.

B.

Reichsmiete für Gröba.

Die Schiebelle für Haushaltung hat mit Rücksicht auf die eingetragene Wertentwertung und die wesentlich erhöhten Löhne die Zuschläge zur Grundmiete für Straßenreinigung, laufende und große Instandsetzungsarbeiten vom 1. September 1923 ab erhöht. Die Zuschläge für Kindertagesstätten, Betriebskosten und Verwaltungsaufwand bleiben wie bisher bestehen. Vom 1. 9. 1923 ab gelten in der Gemeinde Gröba folgende Zuschläge zur Grundmiete:

a) Kindertagesstätten	1 Grundmiete
b) Betriebskosten	160 Grundmieten
c) Verwaltungsaufwand	8
d) Straßenreinigungsaufwand als Zuschlag	160
e) laufende Instandsetzungsarbeiten	5000
f) große	2000

Es ist also die 7830fache Grundmiete zu bezahlen. Im übrigen bleibt die Bekanntmachung vom 15. 6. 1923 in Kraft. Gröba (Obd), am 24. August 1923.

Die Schiebelle für Haushaltung als Gemeindebedürfnis.

Öffentliche Aufforderung zur Nachzahlung von Handelskammerbeiträgen.

Die außerordentliche Entwertung der Mark nötigt uns, sofort eine Nachzahlung auf unsere am 30. Juni d. J. fällig gemessenen Kammerbeiträge und Sonderbeiträge für die

Handelskassen einzubringen. Die Höhe dieser Nachzahlung wird auf das 100fache der für den 30. Juni ausgeschrieben Beiträge und Sonderbeiträge festgesetzt. Sie wird hiermit für sämtliche zur Handelskammer bez. zu den einzelnen von der Handelskammer unterhaltenen Handelskassen Beitragspflichtigen ausgeschrieben. Besondere Steuerbefreiungen werden nicht. Die Zahlungen sind bis spätestens zum 8. September 1923 durch unmittelbare Überweisung an uns, (also nicht an die Ortssteuerämter oder die Finanzämter) und zwar auf unser Girokonto Dresden Nr. 18813, auf unser Konto bei der Sächsischen Bank oder der Sächsischen Staatsbank in Dresden oder auf unser Giro-Konto Nr. 8882 bei der Stadtkassa Dresden unter der Bezeichnung „Nachzahlung auf Handelskammerbeiträge 1923“ und unter genauer Angabe von Namen, Wohnort und Wohnung des einzelnen Beitragspflichtigen (Angabe der Firma allein genügt nicht) zu leisten. Soweit Beitragspflichtige noch keine Zahlungsaufforderung für den Beitrag zum 30. Juni erhalten haben, läuft die Zahlungsfrist 14 Tage vom Tage der Zustellung jener Aufforderung.

Auf Zahlungen, die nach dem 8. September des nach Ablauf der 14-tägigen Zahlungsfrist einlangen, sind außer den Nachkosten die in der Ausführungsverordnung vom 15. August 1923 zum Steuererlassgesetz festgesetzten Verzugszuschläge von 400% halbmächtig entsprechend den näheren Bestimmungen dieser Verordnung zu entrichten.

Etwaige Einprüche sind innerhalb 8 Wochen nach dieser Bekanntmachung bei uns geltend zu machen. Die Zahlungsfrist ist unter eingehender Begründung schriftlich bei uns einzureichen.

Dresden, den 25. August 1923.

Die Handelskammer.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 25. August 1923.

Festtag zur Stadtrechtsfeier. Sonnabend nachmittags 5 Uhr Einweihung des Heimatmuseums, von 8 Uhr ab Besichtigung des Sterns. Sonntag früh 7 Uhr Massenmessen von 800 Kindern auf dem Albertplatz, 9 Uhr Festgottesdienst in der Trinitatiskirche, 11 Uhr Kirchenkonzert in der Trinitatiskirche, nachmittags 2 Uhr Turnen und sportliche Veranstaltungen auf dem sächsischen Sportplatz, 4 Uhr Konzert im Stadtpark.

Verfassungsfeier. Verordneter Vorschritt gemäß hielt die Mädchenschule 2 heute Sonnabend vormittags 8 Uhr eine Verfassungsfeier in ihrer Turnhalle ab. Hierüber vorgetragen Klaviermusik, der allgemeine Gesang von „Freie Liebe bis zum Tode“ und „Schwestern, reißt die Hand zum Bunde“ sowie der Vortrag des Biedersteins. Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein“ durch eine Schülerin leitete die Feier ein. Herr Lehrer Nieder hielt sodann die Ansprache, den Schülerinnen darstellend, wie sich die Verfassung des Deutschen Reiches entwickelt hat. Redner ließ noch einmal den 11. August 1919 heraufleben, jenen denkwürdigen Tag, da in der Goethehalle Weimar die vom deutschen Volk gewählte Nationalversammlung die Verfassung beschloß und führte die versammelte Jugend zurück in die deutsche Geschichte, da päpstlicher Einfluß und Kämpfe zwischen Kaiser und Reich die deutsche Nation in den Abgrund der Schmach und der Erniedrigung führten. Die Zeit der Reformation habe dazu geführt, daß die Reichsgewalt in den Händen des katholischen Kaisers blieb und damit zur Partei wurde. Durch die Reformation Deutschlands nach dem Dreißigjährigen Krieg sei die deutsche Reichseinheit immer mehr in französische Gewalt untergegangen, bis zur Zeit des Rheinbundes Napoleons I. der Weltstand erreicht worden sei. Auch der Wiener Kongress von 1815 und der Deutsche Bund hätten keine Änderung gebracht. Die Verfassung von 1848 sei niemals in die Tat umgesetzt worden, sodass die Gründung des Deutschen Reiches erst durch die staatsmännische Arbeit Bismarcks möglich wurde. Mit dem neuen Reich sei der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands gekommen, der den Reich der Nachbarn erweckte und um Weltkriege führte, aus denen Tausende durch die Verfassung von 1919 die Einkünfte des deutschen Volkes gewährt wurden. Nachdem Redner auf einige Punkte der Verfassung eingegangen, erwähnte er in eindringlichen Worten zur inneren Einigkeit nach dem heldenmütigen Beispiel unserer Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr. Der allgemeine Gesang von „Deutschland, Deutschland über alles“ schloß die Feier.

60-jähriges Geschäftsjubiläum. Heute, am 25. August 1923, vollenden sich 60 Jahre, seitdem das Nord- und Rindermaschinen-Gesellschaft in Riessa, Hauptstr. 48, gegründet wurde. Es wurde von 1863 bis 1892 von dem Gründer, dem Nordmadermeister Gottfried Schumann, von 1892 bis 1916 von dessen Sohn, dem Kaufmann Franz Emil Schumann, und seitdem von den Erben des Letzteren geführt.

Zur Stadtrechtsfeier hat Herr Organist Kurt Woll der Stadt Riessa einen schwingvollen Festmarsch gewidmet (Verlag „Neuzeitliche Kunst“, Magdeburg). Eingetretener Umstände halber konnte derselbe leider nicht zur festgesetzten Zeit erscheinen; die Klavierausgabe wird aber fürs nach dem Beste in den nächsten Buchhandlungen zu haben sein, was durch Inserat im Riessaer Tagblatt noch besonders bekanntgegeben wird.

Wietzschlage zur Grundmiete. Die Zuschläge zur Grundmiete betragen für die Stadt Riessa ab 1. September insgesamt 1650 Grundmieten. Näheres hierüber ist aus der amtlichen Bekanntmachung vorliegender Nummer ersichtlich.

Gunde-Ausstellung Riessa. Auf die im Inserat bekanntgegebene Gunde-Ausstellung, die als Katalogbau stattfindet, sei besonders hingewiesen. Die Schau zeigt uns 250 hochrasante Gunde und entspricht besonders lebhaft, da auch eine Polizeibehördenvorführung und ein Festschiffen angegliedert sind. Die Gunde werden in den drei Wiederstallhallen der 32er-Kaserne untergebracht, die für den Zweck sich auch bei schlechtem Wetter gut eignen. Als besondere Spezialitäten, die man hier überhaupt noch nicht gesehen hat, kommen auch ein Wapp und ein großer weißer Wudel zur Schau. Besonders empfehlenswert ist auch das Vorrüchungsab 9 Uhr stattfindende Preisrichter. Ein Begrüßungsabend im Hotel Wettling Hof eröffnet am Sonnabend, den 25. August, die Festlichkeiten.

Das Deutsche Turnfest im Film. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, kommt am Donnerstag und Freitag nächster Woche der Film über das Deutsche Turnfest in München durch die Lichtspiele im Hotel Döplner zur Vorführung.

Personendampferverkehr. Die nachstehenden, in dem jetzt gültigen Fahrplan nur bis auf weiteres festgesetzten Fahrten: Nr. 8 nachmittags 12.15 Uhr Dresden-Schönbau, Nr. 17 vormittags 8.15 Uhr Schönbau-Dresden, Nr. 26 vormittags 7.30 Uhr Dresden-Riessa-Schönbau, Nr. 38 nachmittags 12.20 Uhr Schönbau-Riessa-Dresden werden ab Montag, den 27. August d. J., an Wochentagen eingestellt. Sonntags wird die Ausführung dieser Fahrten jedoch vorgezogen.

Die Zuckerverzehrung im September. Das Reichsernährungsministerium hat, wie die Hauptgeschäftsstelle des Zuckerwerksamtes mitteilt, für den Monat September nur 1000 Gramm Mundzucker je Kopf der Bevölkerung festgesetzt.

Der Ernährungsausschuss zur Preisermäßigung. Der am Donnerstag nachmittags in der Amtshauptmannschaft abgehaltenen Sitzung des Ernährungsausschusses war eine Vorberatung vorausgegangen, die dazu führte, daß die Beratung im Ausschuss sich schneller vollziehen sollte. Herr Amtshauptmann Kühn legte dar, daß in der Vorberatung nach lebhafter Aussprache noch 100000 Mark auf den Vorkauf geschlagen worden seien, als Ausgleich der Differenz, die entstanden ist infolge der in der letzten Sitzung nicht beachteten Forderung der Bäcker-Gewerkschaftler. Diese Forderung war zu spät gestellt worden. Als Vorkaufssumme für 6 Stunden sind 8008000 Mark (bisher 400000 Mark), also die Stunde

501000 Mark in Einrechnung gebracht, womit der Not der Zeit Rechnung getragen werden mußte. In der Zusammenfassung der verschiedenen Beiträge, die die Grundlage zur Wehl- und Brotpreisberechnung geben, sind einige sehr wesentliche Steigerungen ersichtlich: Getreidepreis Roggen 2 850 000 Mark (240000 Mark), Weizen 2 850 000 Mark (1140000 Mark), Malz 10000000 Mark (4000000 Mark), Futtermittel 1000000 Mark (4000000 Mark), Abgabe an die Mäher- und Wäcker-Gesellschaften je 70000 Mark (bisher je 20000 Mark), Abgabe an den Kommunalverband 590400 Mark (bisher 420000 Mark) bzw. 590100 Mark (807000 Mark). Diese Erhöhung muß erfolgen wegen der gesteigerten Gehälter. Jetzt werde beim Kommunalverband schon mit gewaltigem Defizit gearbeitet, dies befinde sich im Monat August auf rund 400 Millionen Mark. Als Bruttoverteilung für Netto-Lieferung an die Wäcker sind in die neue Berechnung eingekalkuliert 2000000 Mark (900000 Mark). Insgesamt ergibt sich ein Roggenpreis von 2 501 000 Mark, ein Weizenpreis von 2 688 000 Mark. Die Gesamtsumme des Vorkaufes für 100 Kilogramm Mehl beträgt 6031 220 Mark. Bei 135 Ausbeute stellt sich der Preis für 1 Kilogramm Roggenbrot auf 83 200 Mark, ein 1900 Gramm Brot auf 120 000 Mark, 1 Kilogramm Weizenbrot auf 98 500 Mark, 420 Gramm Weizenbrot auf 41 500 Mark. — Im Anschluß an die Sitzung wurde durch Herrn Verwaltungsinspektor Wöckel berichtet über die Ermittlungen, die auf Grund der in der letzten Ernährungsaufrichtung gestellten Beschwerden angestellt wurden. Soweit sie sich als berechtigt herausgestellt, ist bereits Abhilfe geschaffen. Herr Amtshauptmann Kühn bringt noch die mutmaßliche Verchiebung eines Wagners Kartofeln zur Sprache. Die Angelegenheit ist zur Vornahme weiterer Ermittlungen an den Stadtrat zu Dresden abgegeben, falls der Dresdner Rat keine Genehmigung zum Großhandel erteilt, erfolgt Einleitung des staatsanwaltlichen Verfahrens.

Die Dr. v. K. v. Stuttgart. Der in Stuttgart angelegte Verhandlungstag abgesetzt wegen der so schnell gestiegenen Temperatur und der am 1. September weiteren ungewöhnlichen Steigerung der Eisenbahnfahrpreise.

Mangel an Postwertzeichen. Die Nachrichtendirektion der Oberpostdirektion teilt mit: Infolge der schon am 24. August eingetretenen Postwertzeichensteigerung ist die Reichsbankdruckerei trotz erhöhter Arbeit leider nicht in der Lage gewesen, die für das ganze Reich benötigten großen Mengen von Postwertzeichen höherer Werte (2000, 8000 Mark) in voller Zahl schon jetzt zu liefern. Es können daher in den nächsten Tagen an jeden Käufer nur wenige Marken dieser Werte abgegeben werden. Welchen diese Marken für die Freimachung der vorliegenden Briefsendungen nicht aus, so müssen letztere am Postschalter mit den fälligen Barbeiträgen zur Barverrechnung abgegeben werden. Die Bevölkerung wird gebeten, sich in das Unvermeidliche zu fügen und den Beamten, die an den Schalterstellen keine Schuld tragen, nicht durch Vorwürfe oder unrichtige Fragen ihren an sich schon anstrengenden Dienst zu erschweren. In etwa acht Tagen dürfte, wenn keine besonderen Verhältnisse eintreten, der Postwertzeichenmangel behoben sein.

Die Handelskammer Dresden hat durch die außerordentliche Wertentwertung der letzten Monate genötigt — eine sofort zu entrichtende Nachzahlung in Höhe des 100fachen ihrer am 30. Juni d. J. fällig gemessenen Kammerbeiträge und Sonderbeiträge ausgeschrieben. Die Beiträge sind unmittelbar an die Kammer abzuführen. Näheres ist aus der Bekanntmachung im amtlichen Teile zu ersehen.

Veränderung der Gebühren im Baltikum. Verkehr nach dem Ausland. Der deutsche Gegenwert des Goldtarifs bei der Geldkonnoverhebung im Auslands-Verkehr, Telegramm- und Fernsprecherkehr ist mit Wirkung vom 27. August an auf 1 200 000 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Balketen und Briefen sowie auf Käufen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenämter.

Eisenbahnfahrkarten nach dem gesperrten Gebiet. Infolge der Verkehrsperre im Westen ist die Ostlokomotive der vor Bekanntgabe der Sperre von und nach Stationen des gesperrten Gebietes und darüber hinaus gelösten Eisenbahnfahrkarten und Fahrcheine bis zum 4. Tage nach Aufhebung der Sperre gegen Verrechnung durch die Stationen verlängert worden. Bei Aufgabe der Weiterreise ist das verbleibende Fahrgehalt gegen Rücknahme der Karte in einfacher Weise möglichst von den Stationen zurückzahlbar. Bei Fahrgehaltsrückstellungen aus Anlaß der Verkehrsperre werden Verwaltungskosten nicht einbehalten. Reisende, die noch keine Fahrkarten besitzen, fallen natürlich nicht unter diese Vergünstigung.

Eine aussehenerregende Landtagsanfrage. Die deutschnationale Landtagsfraktion hat folgende Anfrage an die sächsische Regierung gerichtet: Nach Meldungen der kommunistischen Presse haben neuerdings wieder Verhandlungen zwischen der sächsischen Regierung, der SED, und der SPD stattgefunden. Dabei ist von den Kommunisten u. a. folgende Forderung aufgestellt worden (Volksblatt, 15. August 1923): Waffendepots in größeren Orten gemäß Vereinbarungen bei der Regierungsbildung. In Reichsbund im Boglande hat der Polizeioberst Schilling zur gleichen Zeit in einem Vortrag die Stärkung der Landespolizei durch die linksstehenden Bundesstaaten gefordert. „Nach seinen Ausführungen“ so berichtet das „Reichenbacher Tageblatt“ (10. August 1923), „handelt es sich um die Aufstellung einer regulierten irregulären Armee, die den Regierungen Sachsen und Thüringens im Ernstfall gegen äußere und innere Feinde zur Verfügung stehen soll.“ Wir fragen die Regierung: Was hat sie außer den für die Landespolizei bestimmten Waffendepots noch für Waffendepots zur Verfügung? Welche Verträge sind den Kommunisten bei der Regierungsbildung bezüglich der Verfügung über diese Waffendepots gemacht worden? Ist über diese Waffendepots die vorgeschriebene Meldung gemacht worden oder handelt es sich um sogenannte „Schwarze Waffen“, die für die nun

Polizeioberst Schilling angeforderte „reguläre Armee“ bestimmt sind? Sind für diese Zwecke auch die Waffen und die Munition bestimmt, die kürzlich den Waffenscheininhabern auf Verfügung des sächsischen Innenministers enteignet worden sind? Bei der schwerwiegenden Bedeutung dieser Angelegenheit erwarten wir vom Ministerpräsidenten eine Antwort noch vor dem Zusammentritt des Landtags.“

An das laufende Publikum! Aus den Kreisen des Kleinhandels wird uns geschrieben: Es macht sich neuerlich recht lebhaft die Erscheinung bemerkbar, daß das laufende Publikum nur große Scheine (1 Million Mark) in Zahlung gibt. Dagegen 100 000 Mark- und 50 000 Mark-Scheine offenbar zurückhält. Die Kaufleute sind häufig bei dem ohnehin gestörten Geldumlauf schwer in der Lage, die nötigen kleineren Beträge herauszugeben. Sie haben bei der Ausgabe nur größerer Scheine Schwierigkeiten, deren Umfang dem laufenden Publikum oft gar nicht bekannt ist. Es wird deshalb der Wunsch ausgesprochen, möglichst auch kleinere Scheine (50- und 100 000 Mark) bei Einkäufen in Ladengeschäften in Zahlung zu geben.

Von der Handelskammer Dresden. In der Donnerstag-Sitzung der Dresdner Handelskammer wurde Herr Kommerzienrat Schleich an Stelle des erkrankten Kommerzienrats Wörny zum Kommerzienrat gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Stadtrat Direktor Bernick. Als Ersatz für zwei ausgeschiedene Mitglieder (Kommerzienrat Hoppe und Dr. Luther) wurden gewählt: Paul Finster, Inhaber einer Tropenhandlung, und Johannes Heine, Dresden, ausgewählt wurden Direktor Hugo Föhner i. R. A. Wachs und Föhner und Dr. Otto Kaufmann, Niederziesa.

Gutscheine des Landeskulturrates. Gutscheine (Kostgeld) des Landeskulturrates in Beträgen von 200 000, 500 000, 1 Million und 2 Millionen kommen in den nächsten Tagen zur Ausgabe.

Gröba. Auf die amtliche Bekanntmachung, Reichsmiete in Gröba betr., sei hiermit besonders hingewiesen.

Gröba. Öffentliche Sitzung des Schulrates und des Schulbestraßenvorstandes am Montag, den 27. August, nachmittags 5.30 Uhr im Sitzungssaal in der Zentralschule statt. Beratungsgegenstände: 1. Beratung des Verlagsvertrages über die Vereinigung des Schulrates Gröba mit dem Schulrat Riessa. 2. Mitteilung. Darauf nicht öffentliche Sitzung. Berichterstatter: Zu 1 Herr Daubert.

Öffentliche Sitzung des Gemeinderats findet am Montag, den 27. August, nachmittags 7.30 Uhr, im Sitzungssaal in der Zentralschule statt. Beratungsgegenstände: 1. Beratung des abgeordneten Ortsrates-Entwurfs und Beschlußfassung über die Vereinigung der Gemeinde Gröba mit der Stadt Riessa. 2. Antrag des Wirtschaftsbüro-Knepper auf Umbeziehung seiner Grundstücke in die Gemeinde Unterziesa. Berichterstatter: Zu 1 der Vorsitzende, zu 2 Herr Matthäus.

Dresden. Donnerstag früh 7 Uhr wurde an der Carobrühe in Dresden von den Arbeitern, die dort die Kohlen für die Dampfschiffe verladen, die Leiche einer ungefähr 35-jährigen Frauensperson aus der Erde gezogen. Die Leiche lag so nahe an der Fischertrappe, daß die Kleider der Toten sichtbar waren. Ueber die Persönlichkeit der besser gekleideten Toten war noch nichts bekannt.

Dresden. Die Stadtverordneten hielten am Donnerstag eine Sonder Sitzung während der Ferien ab. Zunächst wurde des am 3. August verstorbenen ehemaligen Stadtverordnetenvorstehers Justizrat Dr. Stödel ehrend gedacht. Darauf begrüßte Vorsteher Wirth den neuen Bürgermeister Dr. Kütz. Dieser verbreitete sich in seiner Erwidrung über die gegenwärtige Lage. Er wies auf die rapide Steigerung der Erwerbslosenziffer hin. In Dresden müsse man heute mit etwa 17 000 Arbeitslosen rechnen. Die sehr Erwerbslosenfürsorge liege nicht in geistlicher Unterstützung, sondern in der Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsmöglichkeiten. Nach dem Vorbilde der Schwerbeschädigtenfürsorge werde ermonen, die obligatorische Einstellung von Erwerbslosen in leistungsfähige Betriebe einzutreten zu lassen. So schwierig und so verwickelt in der Zeit der gegenwärtigen widrigen Konjunktur die Dinge auch lägen, so sei es doch bei sinnigem und tatkräftigen Zusammenarbeiten aller in Betracht kommenden Stellen durchaus möglich, Herr der Situation zu bleiben. — Gewarnt wird vor einem Betrugsatz, der in letzter Zeit in höchsten Verhältnissen Einläufe bewirkt und Schicksal in Zahlung gibt, die gefällig sind. Er hat hierzu Scheinformulare der Commerz- und Privatbank, Riessa Dresden, aus der Serie C mit den Nrn. 40001-40000 und der Dresdner Handelsbank aus der Serie VI mit den Nrn. 8251-8275 verwendet. Diese Scheinbücher sind von dem Dotaldiener Curt Theodor Vohldt, am 31. 12. 28 in Mügeln geboren, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, und einer Frauensperson, die sich Anna Vohldt genannt hat, bei den betreffenden Banken entnommen worden. Die ausgehellten Scheine tragen außer einem gefälschten Firmenstempel die Unterschrift Wenzel.

Kamen. Am Mittwoch kam es hier zu Demonstrationen. Mehrere hundert Arbeiter zogen vor die Wohnsungen derjenigen Einwohner, die die Aufnahme von Ausländern, die sie zuerst zugelassen hatten, später verweigerten.

Waldheim. Vor mehreren Tagen verurteilten gegen 15 Straftlinge der sogenannten Schloßerabteilung des Justizhauses zu entweichen. Sie hatten sich während ihrer täglichen Beschäftigung in der Schloßerabteilung heimlich Schlüssel angefertigt und wollten zur Wirtshausküche, in der das Aufsichtspersonal zum Teil schwelgend ist, geschloffen entfliehen. Durch raschen Einsatz der in Waldheim untergebrachten Gendarmerieabteilung konnte der Plan vereitelt werden.

Kuc. Wegen nichterfüllter Wohnforderungen sind die Hausbesitzer des Erzgebirges und Vogtlandes in den Streit getreten.

Leipzig. Ein 15-jähriger Schüler schloß sich am Dienstag in die Parierwohnung eines Kohlenhändlers in Gaußhau und haß dort eine halbe Million Mark in Scheid- und Papiergeld. Der größte Teil des Geldes konnte wiedererlangt werden, da sich der jugendliche Dieb durch Ausgabe eines 50-Millionenscheins verriet.

Wegen dem Rückgang landwirtschaftlicher Erzeugungsgebiete.

Die Schwierigkeit der Lebensmittelversorgung in der gegenwärtigen Zeit hat in den landwirtschaftlichen Erzeugungsgebieten leider mehr und mehr zu der Bekämpfung geführt, sich abzuschießen und vorerst die Bestreuer aus den landwirtschaftlichen Erzeugungsgebieten zu verjagen. So verständlich dies an sich erscheinen mag, so muß es doch zu einer katastrophalen Verfallung der heutigen Bedarfgebiete ohne eigene wirtschaftliche Erzeugung, insbesondere der großen Städte, führen. Zwar geschieht die Abschließung nicht sowohl durch nachdrückliche Verbote der örtlichen Behörden, als vielmehr in der Form der freiwilligen Vereinbarung zwischen den Organisationen der Verbraucher und der Landwirte, wohl aber geschieht die Befestigung der Abmachungen zuweilen in einer Form, die den freiwilligen Lieferungsvereinbarungen in bedenklicher Weise den Anschein und die Wirkung eines behördlichen Ausschließungsverbotes gibt. Wenn das Land Sachsen als überwiegendes Bedarfgebiet beim Reich jederzeit im Interesse der Versorgung der sächsischen Bevölkerung durch nachdrückliches Vorgehen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindert hat, daß die Lieferungsgebiete wie Bayern, Westfalen usw. auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung sich abzuschießen versuchten, so kann dies erst nicht innerhalb des Landes gebildet werden. Von dem Solidaritätsgefühl der sächsischen Bevölkerung muß erwartet werden, daß eine ausgleichende Zufuhr von Lebensmitteln aus den Erzeugungsgebieten nach den Bedarfgebieten nicht unterbunden wird. Auch die Kontrollmaßnahme müssen sich diesen von der Arbeiterschaft stets verfolgten Gedankengang zu eigen machen. Unsere gefährdete Ernährungslage verleiht keinen Orts- oder Bezirkspartikularismus. Das übergeordnete Interesse der allgemeinen Verbraucherschaft verbietet jede bezirksweise Abschließung. Es wird deshalb von der Bevölkerung der landwirtschaftlichen Erzeugungsgebiete erwartet, daß sie im Interesse der Bewohner der Bedarfgebiete Abwehrmaßnahmen nicht aufkommen läßt, die von der Regierung keineswegs gebildet werden können.

Die Not der Presse.

Bei der Zeitungshilfe des Reichspostamtes haben bis 20. August 113 deutsche Zeitungen und Zeitungen angefordert, daß sie ab 1. September nicht mehr erscheinen. Die Zahl dürfte bis Ende dieses Monats noch wesentlich erhöhen. Als Grund der Einstellung des Erscheinens sind ausnahmslos die unbeschreiblichen Papierpreise und Buchdruckerlöhne angegeben.

Nach 10jährigem Bestehen hat der „Goldbote“ der Sozial- und Verkehrsarbeiter für Vorpommern, sein Erscheinen eingestellt. — Der „Völkchenbote“ Generalanzeiger wird künftig nur noch dreimal wöchentlich erscheinen. Der Berliner „Lokalanzeiger“ ist gestern nachmittags nach längerer Pause wieder erschienen, nachdem die zwischen der Firma Scherl und dem technischen Personal seit Monaten schwebenden Schwierigkeiten, die schließlich zur Aussperrung führten, eine Lösung gefunden haben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Neue Erklärung der Bergarbeiterlöhne. Der neue tarifliche Steinkohlenbergbau sind für die Lohnwoche vom 20. bis 26. August folgende neue Löhne vereinbart worden: Der Durchschnittslohn aller Arbeiter, einschließlich des Soziallohnes, beträgt pro Schicht 4,40 Mark oder, auf die Stunde bezogen, 0,10 000 Mark für den Durchschnitt. Das ergibt für den Dauerdurchschnitt einen Verlohn von 670 000 Mark, wozu noch rund 200 000 Mark Zusatzwerte kommen. Der Bergarbeiter ist hierdurch wieder während im Lohn in Sachgenüssen. Es muß dringend verlangt werden, daß die übrigen Industrien und Gewerbe nicht wieder mit ihren Abschlägen über diese Lohnhöhe wild hinausgehen, da durch die neuen Bergarbeiterlöhne an sich schon ein Kohlenpreisschub ergibt, der weit über dem Weltmarktpreis liegt. Weider war der Bergbau gewannen, auch die Löhne der Vorkasse zufolge der teilweise unvermeidlichen Kosten der anderen Industrien zu erhöhen, obwohl diese Löhne durch einen Schiedsgericht im Reichsarbeitsministerium festgesetzt waren unter objektiver Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Momente und Feuerungsanlagen.

Reich des Reichskanzlers bei den süddeutschen Regierungen. Die heutigen Morgenblätter werden, daß der Besuch des Reichskanzlers Dr. Stresemann beim bayerischen Ministerpräsidenten Dr. von Knilling vor dessen Urlaub in diesen Tagen erfolgen werde. Im Anschluß an seinen Aufenthalt in Bayern dürfte der Reichskanzler auch die anderen süddeutschen Regierungen aufsuchen.

Besprechung mit Gewerkschaftsvertretern. Der Reichsarbeitsminister von Raumer empfing gestern Vertreter von Gewerkschaften und besprach mit ihnen die Wirtschaftslage.

Einwanderer des Reichs und ausländischer Studenten.

Mitte August traten etwa 30 deutsche Studenten die Ausreise nach Ungarn an. Sie haben sich einige Tage in Budapest aufgehalten, um dann für 6 Wochen die ungarischen Familien, über das ganze Land verstreut, Aufnahme zu finden. Andererseits befinden sich fünf Gruppen ungarischer Studierender in Stärke von je 20 Personen auf Studienfahrten in Deutschland. Chemiker, Ingenieure, Landwirte, Mediziner und eine Gruppe ungarischer Studentinnen nehmen an diesen Studienreisen teil. Schon Ende Juli hat eine größere Gruppe jugoslawischer Studenten unter Führung eines Professors eine Studienreise durch Deutschland unternommen. Die Reise führte von Berlin über Hamburg, Hannover, Göttingen, Altdorf nach München. Die Jugoslawen erklärten sich gern zur Organisation einer deutschen Studienreise durch Jugoslawien bereit. Von deutscher Seite werden alle tiefe Reisen von der deutschen Studentenschaft organisiert.

Zur Reise im Berliner Lebensmittelhandel. Zu der Mitteilung des Verbandes kaufmännischer Genossenschaften, daß der Lebensmittelhandel infolge der neuen Steuererfolge jeder Existenzmöglichkeit beraubt sei und daher die Betriebe schließen müßte, erklärt die „Volkszeitung“, an den zuständigen Stellen sei man der Drohung der Betriebsstilllegung der Gefahr ausgesetzt, daß gegen die Händler, die dieser Gefahr Folge leisten, mit dem Handelsverbot vorgegangen werde. Es sei darauf hingewiesen, daß der Handel, der den Schutz des Staates in der Ausübung seines Gewerbes beansprucht und auch erhält, auch dafür seine Pflicht zu erfüllen hat.

Tschechoslawien.

Dr. Beneš reist nach Rom. Der tschechoslawische Minister des Äußeren Dr. Beneš wird am kommenden Dienstag in Begleitung des italienischen Botschafters in Prag in Rom eintreffen, um mit Mussolini über die Beziehungen der beiden Entente zu sprechen.

Serbien.

Die deutschen Reparationsleistungen an Serbien. Der deutsche Geschäftsträger erschien gestern beim Botschafter des Ministers des Äußeren, Gharloff, und stellte schon für die nächste Zeit die Wiederaufnahme der Lieferungen in Aussicht. In Betracht kommen zunächst Lokomotiven und Waggons.

Frankreich.

Sasarbeiterstreik in Paris. Wie die „Humanität“ mitteilt, hat die Pariser Sasarbeitergewerkschaft, in der die große Mehrheit der Pariser Sasarbeiter organisiert ist, beschlossen, heute vormittag wegen nicht bewilligter Lohnforderungen in den Streik zu treten.

Spanien.

Blutige Zusammenstöße in Madrid. Die kommunistischen Arbeiter versuchten am Sonntag für die streikenden Bergarbeiter einen 24 stündigen Generalstreik durchzuführen. Als ihnen das nur teilweise gelang, versuchten sie, den Straßenbahnverkehr zu stören. Es wurden Verwundete auf die Straßenbahnen abgefahren, wobei ein Fahrer getötet wurde. Die Gendarmen feuerten gleichfalls und verletzten mehrere Angreifer. Die Polizei verhinderte das Eindringen streikender Bergarbeiter in die Stadt, die dort Demonstrationen veranstalten wollten.

Militärischer Zwischenfall. Nach einer Debatte im Reichstag ist dort Donnerstagabend im Kriegsministerium plötzlich ein Ministerrat abgehalten worden. Nach dessen Beendigung teilte der Ministerpräsident mit, der Ministerrat habe über einen Zwischenfall beraten, der sich nachmittags in Malaga ereignet habe. Dort hätten Infanteristen, die nach Melilla an Bord gehen sollten, Schwierigkeiten gemacht. Es sei geschossen worden, und ein Offizier sei getötet worden. Den Militärbefehlenden sei es gelungen, die Disziplin und die Ruhe wiederherzustellen. Die Soldaten seien an Bord gegangen. Die Schuldigen würden bestraft werden.

Rußland.

Enorme Zuckerpresse in Rußland. Die Moskauer Zeitungen berichten, daß der Zuckermangel in einzelnen Gegenden des russischen Reiches einen gewaltigen Umfang angenommen hat und daß die Zuckerpresse ständig steigen. Der Zuckermangel im Gouvernement Smolensk erinnert an den Salzangel im Winter 1919 und Frühjahr 1920. In Smolensk ist der Preis für Stückzucker im Kleinhandel vom 15. Juli bis zum 3. August um 175 Prozent gestiegen. Die Preise für Streuzucker sind in derselben Zeit sogar um 330 bis 360 Prozent gestiegen. In vielen Dörfern ist bereits gar kein Zucker mehr vorhanden.

Die Arbeitslosigkeit in Petersburg. In der Petersburger Arbeitsbörse wurden am 1. August 107 000 Arbeitslose registriert gegen 115 000 Arbeitslose am 15. Juli. Die Verminderung der Zahl der Arbeitslosen ist jedoch nur eine scheinbare. Der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen erklärt sich dadurch, daß die Arbeitsbörse schonungslos solche Leute von der Liste der Arbeitslosen streicht, die sich nicht neu registrieren lassen.

Deutsche Flugszeuge für Rußland. Die Moskauer Zeitungen berichten, daß die russische Aktiengesellschaft „Dobrolet“ in Deutschland drei neue Junkers-Flugszeuge erworben hat, die für je fünf Passagiere bestimmt sind.

Die Aktiengesellschaft „Dobrolet“ verfügt jetzt bereits über neun Passagierflugzeuge.

von denen vier auf der Strecke Moskau-Nischni-Novgorod verkehren und zwei für Turkestan bestimmt sind. Drei Flugzeuge werden zu Passagier- und Schauläufen in Moskau benutzt.

Japan. Japans Rüstungen zur See. Der japanische Botschafter hat gestern folgende Mitteilungen gemacht: Entsprechend den Klauseln des Washingtoner Vertrages hat Japan sechs Panzerkreuzer und fünf Kreuzer außer Dienst gestellt. Die Zahl der augenblicklich im Bau befindlichen Schiffe beträgt: Drei Geschwaderkreuzer von je 7100 T. Wasserverdrängung, fünf Kreuzer zu je 5500 Tonnen, und schließlich drei Kreuzer zu je 3100 Tonnen. In Ausführung der Bestimmungen des Washingtoner Vertrages wurden zwei Panzerkreuzer in Union-Transportschiffe umgewandelt. Weiter werden ungefähr sieben Torpedobootzerstörer mit je 1400 Tonnen, vier Torpedoboots zu je 900 T. gebaut. Was die U-Boote anlangt, hat ihre Lonnage noch nicht festgestellt werden können. Schließlich wurden noch vier Kanonenboote zu je 338 Tonnen sowie fünf kleinere Kriegseinheiten genannt.

England. Chamberlain — Chamberlain. Dem Londoner Korrespondenten des „Zeitungsverleiher“ zufolge hat sich Baldwin nunmehr endgültig entschlossen, dem Minister für das Gesundheitswesen, Chamberlain, das Amt des Schatzkanzlers zu übertragen. Man erwartet, daß die Ernennung so schnell wie möglich erfolgt.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 25. August 1923.

Die Reichsregierung gegen Davenport.

Berlin. Dem „Vormärts“ zufolge beschäftigt man sich gestern mit der Angelegenheit Davenport. Die Regierung ist einmütig der Auffassung, daß Davenport geben muß. Da dies not tut, wird voraussichtlich nach Rückkehr des Reichskanzlers der Reichstag einberufen werden, um diese Angelegenheit zu erledigen.

Die Einfuhr von Lebensmitteln in das besetzte Gebiet abgabefrei.

Köln. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, teilt die Handelskammer Düsseldorf mit, daß die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem unbesetzten Gebiet jetzt von allen Abgaben und Formalitäten frei sein soll.

Unterstützungsgelder für Kriegervitwen und -Waisen gerandt.

Düsseldorf. Bei einem Besuchen des Kriegsschadigtenamtes wurden auf seinem Wege nach Oberkassel von den Franzosen 8,3 Milliarden Reichsmark, die als Unterstützungsgelder für Kriegervitwen und -Waisen bestimmt waren. Die armen Schicksale des Fürsorgeamtes, die zum Geldempfang befristet und erschienen waren, mußten wieder umkehren, da die Kasse infolge der Beschlagnahme nicht zahlen konnte.

Stresemann bei Knilling.

München. Reichskanzler Dr. Stresemann trifft heute mit dem ersten Jahrsplanmäßigen Zug in München ein und wird sich dann mittels Kraftwagens nach Mittelwald zum bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Knilling begeben.

Österreicher suchen Militärtruppen in Oesterreich.

Wien. Der „Wiener Abend“ veröffentlicht aufsehenerregende Enthüllungen über Botschaften österreichischer Nationalsozialisten und dem Führer der bayerischen Nationalisten, Hitler, die angeblich das Ziel eines gemeinsamen Vormarsches nach Norddeutschland um gemeinsamen Zeitpunkt haben sollen. Wie das Blatt weiter erzählt, haben die deutsch-österreichischen Behörden alle Maßnahmen ergreifen, um einen Grenzübertritt von bewaffneten Banden zu unterbinden.

Günstige Beurteilung der Kanzlerrede in den Londoner Blättern.

London. Die blesigen Blätter veröffentlichten ausführlich die Rede des deutschen Reichskanzlers und haben über besonders glückliche verlässliche Fassung sowie der Umstand hervor, daß der Reichskanzler den Franzosen eine Zurückhaltung in der Reparationsfrage nahelegte. Die Zurückhaltung des Gedankens, Deutschland könne durch die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England gewinnen, wird ebenfalls beachtet.

Alle praktischen Hausfrauen wissen es längst, daß es zum Härden von Kleibern, Blüten, Gerdinen usw. nichts Besseres gibt, als die weltberühmten echten Geitmann's Farben, Marke Fuchsfuß im Stern; darum nehmen sie keine andern.

Geitmann's Farbe spart den Härber.

Und doch!

Woman von Ann und Bothe.

10. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Copyright by Ann Bothe, Leipzig.

„Ich ärgerte der Ton, auch daß sie mich „Meine“ nannte, obwohl ich sie an Größe übertraf, darum sagte ich schroffer, als es sonst meine Art ist: „Ich weiß gar nicht, warum du dich plötzlich so für die Dollenburg einlegst. Mir ist es so, als dürftest in meiner Stube nicht mal der Name dieser dir verhassten Familie ausgesprochen werden, ohne dich zu erzogen, und jetzt brichst du eine Lanze nach der anderen für Dasso, und redest mir zu, das Spitzenkleid, das mir Arno — wohl in Anbetracht meiner etwas herabgegangenen Toilette — tatsächlich als Reizeichent gemacht, zu unserem Fest zu tragen? Wie kommt das?“

„Ich hatte es ziemlich harmlos gesagt, aber ich war erschrocken über die Wirkung, die meine Worte hervorbrachten.“

Delias bleiches Antlitz war erdfahl geworden. In den blauen Augen glomm ein seltsam flackerndes Licht, und ich sah, wie ein Schauer durch ihren ganzen Körper rieselte. Unwillkürlich legte ich — vielleicht zum ersten Male in meinem Leben — die Arme wie schützend um Delias bebende Gestalt.

„Scheit dir etwas?“ fragte ich ängstlich, „bist du krank?“

„Nein,“ lächelt Delia müde. „Nur die Erinnerungen stürmen auf mich ein. Komm, du sollst erfahren, was mich bewegt — vielleicht zu deinem Dess.“

Und ich dachte zu den Häfen der älteren Schwester, die mir in diesem Augenblick fast und verfallen erschienen, als sie, die Hand gegen meine glühende Stirn gelegt, leise zu erzählen begann, während draußen der Frühlingsturm an den Fenstern rüttelte.

„Es gab eine Zeit, da war ich so jung wie du und auch, wie ich glaube, hübsch. Ich war lebensfroh, und unsere weltliche Mutter sah mich schon im Weiste als schönste, gefestigste und reichste Frau der Gegend. Ich glaubte fest daran wie an das Evangelium, denn eine reiche Heirat erschien mir als die einzige Staffei zum Glück.“

„Ich hatte einen Geliebten — nur wenige Jahre

älter als ich, der mir in Liebe und Treue zugest. Ich wußte es, daß er für mich kein Leben lieb, und ich liebte ihn wieder, aber ich wußte auch, daß er der zweitgeborene Sohn des Hauses war, daß der größte Teil des Risikendernögens der Familie dem älteren Bruder zufiel und mein Spielgefährte nur auf einen bescheidenen Teil rechnen durfte.“

„Ich wußte es genau, denn es verging kein Tag, wo Mama nicht die Schreden der Armut in häßlichen Farben schilderte, die ich ja schon aus eigener Erfahrung genau kannte.“

„Zur selben Zeit bewarb sich ein reicher, alter Graf um mich, und Mama lag mir alle Tage in den Ohren, die Werbung des alten Geden anzunehmen. Und als sie eines Tages mir wieder das ganze Geld einer Liebesheirat ohne ausreichende Mittel geschuldet hatte, da gab ich meine Einwilligung zu der Verlobung mit Graf Roblin.“

„Delia hatte das alles ruht, fast geschäftsmäßig erzählt, kein Muskel in ihrem ausdrucksvollen Gesicht bewegte sich. „Und der Jugendfreund?“ fragte ich angedrollt.“

„Er ging fort in die weite Welt und ließ mich in meinem Gend und Jammer ganz, ganz allein.“

„Es war wie ein Unglück aus Delias Munde.“

„Dann schwiegen wir beide. Nur der Windstog draußen brauend durch die Lande.“

„Es war Karfreitag gerade wie heute, als ich ihn zum letzten Male sah, begann Delia wieder. „Nur Sonnenklar und blumenüberdelt. Er, den ich liebte, stand vor mir und sah mir in die Augen, still und ernst, ohne Wort, und doch voll grenzenlosem Weh.“

„Alles Glück für die Lebensfahrt,“ kam es von seinen Lippen, und dann war ich allein — immer allein. Nur sein letzter Blick verfolgte mich — ich konnte ihn nicht vergessen — er hegte mich förmlich, von Gewissensangst gewingt, durch das Leben. Und ich erkannte, daß der Geliebte mir für immer verloren war, da erachte auch in mir das ganze Bewußtsein meiner Schuld, meines Glands.“

Entsetzt riß ich mir den Verlobungsring von dem Finger und trat ihn mit Füßen. Trotz des schrecklichen Wütens unserer Mutter, die mich verstoßen wollte, trotz der ungläubigen Rämpfe, in denen mir dein verstorbener Vater allein treu zur Seite stand, löste ich die Verlobung mit Graf Roblin, und wurde die verheiratete, vorläufig

Delia, die du kennst, ohne Freude, ohne Interesse am Leben. Ich glaubte, du könntest an Dasso gut machen, was ich an seinem Bruder geliebt, und es war mir, als müßte ich schützend meine Hände über euer Glück breiten, trotzdem ich weiß, daß Mama nur äußerliche Gründe bestimmten, dich für diese Heirat zu gewinnen.“

„Wie entsetzt harrete ich Delia an.“

„Dein Jugendfreund ist — bitte, soltete mich nicht, sprich doch!“

„Arno von Hassenburg!“

„Delia aufstöhnend barg ich mein Gesicht in Delias Schoß.“

„Auch das noch! Noch ein Band mehr, das unbarmherzige Fesseln um mich schlug.“

„Delias Hand fuhr lieblos über mein Haar. „Verheißt du jetzt, Kind, warum ich zittere, warum ich glaube, wenigstens Dasso's Glück halten zu müssen, wie ich einst das Arnos vernichtete? Willst du mir nicht dabei helfen, Dasso's Glück zu bauen?“

„Nein, Delia, ich kann nicht. Fordere alles, fordere mein Leben. Aber zwischen Dasso und mir gibt es kein Band, das uns fester aneinanderknüpft. Aber Arno, wie heißt du mit ihm?“

„Er ist mir als Freund heimgekehrt. Die Vergangenheit ist ausgelöscht, nie soll sie wieder berührt werden. Frau von Bredow betrauerte mich — er werde um ihre Kanon. Ich hätte ihm eine andere Frau gewünscht, aber wenn er sein Glück in einer Ehe mit Wanon findet, so muß ich still sein und glücklich, daß die Liebe zu mir wie die meine zu ihm nun ausgelöscht ist in unseren Freuen.“

„Ungläubig sah ich zu Delia auf. War es wirklich so oder täuschte sich die Schwester über ihr eigenes Herz?“

„Kein Aug in Delias Antlitz verriet ihre Gefühle. Still stand sie auf, und mir die Hand reichend, sagte sie herzlich: „Ich gehe jetzt, Kind. Denke über meine Worte nach, und nicht wahr, deiner alten kindlichen Schwester wegen trägt du Arnos Spitzenkleid am Festabend?“

„Ich nichte kumm. Meinemwegen, was lag daran? Sie dachte an Arber, sie hatte ihr Herz erleichtert, und ich trug eine doppelte Last des Glands in meiner Brust.“

„Dann war ich allein, allein mit meines Gedanken und dem brauenden Frühlingstwind da draußen, der die Blumen aus dem Schummer weht zu neuem Leben, zerschüttelt.“

300 Jahre Stadtrecht in Riesa.

Das Rittergut Riesa und seine Besitzer im 16. und 17. Jahrhundert.

Von **Pfarrer Dr. Benz** in Weida.

Die nachfolgende Darstellung ist geschöpft aus den Kirchenbüchern und Gerichtsakten, aus dem Pfarr- und Ratshaus zu Riesa, und aus Akten des Hauptmannsarchivs, des Lehnshofes und des Rates zu Dresden. Der Raum verbietet eine Quellenangabe im Einzelnen.

Das Mittelalter hindurch ist das geistliche und weltliche Leben des Dorfes Riesa vom Kloster bestimmt worden. In dessen Kirche hatte es seine Pfarrkirche; der Propst des Klosters war der Pfarrer und Grundherr zugleich. Ihm waren die Bauern Gehorsam schuldig; von ihm trugen sie ihre Güter zu Lehen; ihm leisteten sie Dienste und Abgaben; er schützte sie in ihren Rechten und Befugnissen und sprach ihnen Recht. Mit der Aufhebung des Klosters im Zeitalter der Reformation ging das Amt des Propstes dahin und damit fiel auch die Berechtigung von geistlicher und weltlicher Gewalt in einer Hand. Nachdem die letzten Nonnen in Mühlberg untergebracht worden waren, wurde aus dem gesamten Eigentum des Klosters die Kirche ausgenommen als zehnte Pfarrkirche für die Eingepfarrten; dazu kam ein Garten neben dem Kirchhofe, auf dem das Kloster das Pfarrhaus zu bauen hatte. Als Entschädigung für die 10 Hufen Landes, die der Propst zur Ausübung gehabt, und von denen sieben in Riesaer Flur lagen und nun zum übrigen Klostergut geschlagen wurden, erhielt der neue Pfarrer aus diesem ein Jahresgehalt von 50 Gulden und 2 Malter Korn und außerdem das Futter und freie Weide für zwei Kühe. Im übrigen hatten die Eingepfarrten für seinen Lebensunterhalt, für die Pfarrgebäude und die Kirche aufzukommen. Die sämtlichen Klostergebäude aber, die Räume der Nonnen und der Bedienten, das Haus des Propstes, die Verwaltung- und Wirtschaftgebäude zusammen mit dem Vorwerk Göhlitz, mit allen Fluren und sonstigen Besitz wurde vereinigt zu dem Klostergut Riesa, das aber bald zum Rittergut wurde. Der neue Pfarrer und der neue Grundherr fanden sich nach der vollzogenen Trennung aber sogleich zu gemeinsamen Wirken zusammen. Das bedeutete eine Vereinerlichung des ganzen geistlichen Lebens, abgesehen von der Wirkung der neuen Verkündigung des Evangeliums. Von dem neuen Grundherrn ist nach noch nicht einem Jahrhundert der Gemeinde zum Stadtrecht verholfen worden.

Nachdem wir uns nun zuerst ein Bild von dem Umfang des Klosterbegriffes. Die 1119 von Papst Gelast II. bestätigte Stiftung des Klosters Riesa hatte geistlichen und weltlichen Zweck in Einem. Der Grundherr, der Bischof von Bamberg, schützte sich vorzüglich, wie er die kirchliche Organisation im Voglande begonnen hatte, auch das ferne große Randgebiet an der Elbe, das zwei Jahrhunderte zuvor vom König Heinrich IV. seiner Domkirche geschenkt worden war, dem Christentum anders zu erschließen, als es durch die deutsche Kolonisation bisher geschehen war. Zugleich aber wollte er dieses Gebiet, das zum größten Teile als Lehen in die Hände weltlicher Großer angetan war, nicht ganz seinem geistlichen Eigentümer verloren gehen lassen. So bestimmte er, daß dem Kloster die Einkünfte zugewiesen wurden, die aus dem ihm noch zur Verfügung stehenden Lande kamen. Der Grund und Boden der nächsten Umgebung im Süden und Westen, die Haina anwarts, die Fluren von Poppitz und Rehow bis an die Grenze von Pausitz, und dann bis zu der Anhöhe, auf der sich später Genda erheben sollte, wurde dem Kloster zu eigen überwiesen; noch Osten zu war es wohl nur die forstliche Niederlassung Riesa selbst, die es erhielt. Späterens 1188 wurde dem Kloster die Kirche in Gröbba mit ihrem Besitze an Dörfern und Abgaben einverleibt; zu dieser werden die Dörfer Gröbba, Auditz, das wilde Mark wurde und jetzt erst wieder als Wohnstätte erhielt, Gantitz und jenseits der Elbe Biederau und Böhren gehört haben. Zu der Frucht von Grund und Boden, die von den Klosterinsassen selbst erarbeitet werden mußte, geleistet sich die Abgaben der Sorben, die in Korn, aber auch in Hühnern und Eiern geleistet wurden. Eine Erweiterung des Besitzes geschah zwischen 1188 und 1190 durch den Erwerb von zwei Hufen in Göhlitz. Dann schritt sie in den nächsten Jahrzehnten rasch fort, sowohl durch Urbarmachung von Waldstücken als auch durch Schenkung und Kauf von ganzen Dörfern, einzelnen Hufen oder Hufeckchen. Durch Ansetzung deutscher Bauern entstanden zwei ganz neue Dörfer, Genda und Wergendorf, beide der Jungfrau Maria geweiht, denn sie hießen eigentlich St. Maria zur Heide und St. Mariendorf; Göhlitz, Poppitz und Rehow wurden ausgebaut und ebenfalls von Deutschen besiedelt. Der letztere Ort ist wieder verschwunden, sein Name ist im Lagenatnamen erhalten geblieben. 1251 wurde der Besitz durch den Erwerb von Weida, 1293 durch Teile von Pausitz, 1308 durch Teutewitz abgerundet. Er griff auch weiter über den Strom hinaus: 1197 kamen Dorf und Forst Hoopitz, 1223 Moritz, 1291 Stehitz, das heutige Marktsteitz, und 2 Hufen in Leithain, 1274 Pausitz, 1305 Rauswalde hinzu. Die Ansiedlung deutscher Bauern ist den weltbildenden Augustiner Chorherren zu verdanken, die von 1170 bis in die ersten Jahre des 13. Jahrhunderts das Kloster innehaben. Jene kamen zum größten Teile aus Flandern. In der ersten Zeit, nachdem Nonnen im Kloster eingezogen waren, fanden noch Propste aus dem Augustiner-Orden an der Spitze der Verwaltung; so schritt die Entwicklung glücklich vorwärts, bis sie etwa in der Mitte des 13. Jahrhunderts zum Stillstand kam.

Wir verfolgen nun nicht die Zugänge und Abgänge im Einzelnen, so wie wir auch bis jetzt nicht alle Erweiterungen, sondern nur die wichtigsten aufgezählt haben, sondern wenden uns dem Besitzherrschaft, wie er am Ende der Klosterzeit sich darstellte.

Das Kloster besaß 1540 die Ober- und Erbgerichte über den Flecken Riesa, die Dörfer Poppitz, Wergendorf, Genda, Teutewitz, Moritz, Rauswalde, Pausitz und ferner das zeitweilig wüst gewordene Dorf Stehitz, dessen Fluren Bauern von Glaubitz, Streumen und Kofelitz als Lehngüter, also gewissermaßen im Pacht gebrauchten; eine Wiese bei Kofelitz und die Streitmühle bei Göhlitz. Aus einer ganzen Reihe von Lehen erhielt das Kloster Güterzinsen: aus den Städten Orschau und Stehitz; vom Rittergut Gröbba; vom Vorwerke Wergendorf; aus den Dörfern rechts der Elbe: Promnitz, Biederau, Mühlberg, Böhren, Teutewitz, Grödel, Frauenhain, Pausitz; links der Elbe aus Pausitz, Gröbba, Gantitz, Poppitz, Schirmitz und aus Böhren, Baratz und Schlotz bei Weichen. Das Dorf Weida war alsbald mit der Hälfte von Pausitz an die von Schleinitz auf Seerhausen verkauft worden. Nach der Aufnahme des Bestandes bei der Requisition brachte der gesamte Besitz an Geldzins 187 Schod 14 Gr. 5 Pfg., etwa 1400 Mark; an Getreidezins 512 Schod und 40 Schffel Kornmehlpacht von der Klostermühle. Die Eigenwirtschaft wurde vom Kloster und vom Vorwerke Göhlitz aus betrieben. Sie bedurfte zur Auslastung 28 Malter Korn, 1 Malter Weizen, 8 Malter Gerste, 14 Malter Hafer, 4 Malter Bienen, 2 Schffel Seifelein, 1 Schffel

Sand, 1 Schffel Hirse, 1 Viertel Rüblamen und 1 Meße Bein. Die Wiesen gaben 70 Juder Heu. Der Weinberg brachte 15 Maß, der Hopfengarten 800 Schffel. An Vieh waren vorhanden 15 Pferde, 700 Stück Schafe, 72 Stück Rinder, 40 Schweine, 20 Gänse, 9 Enten, 100 Hühner. Diese gesamte Klosterwirtschaft war, da ein Propst zugleich nicht mehr zu gewinnen war, an Christoph von Rischwitz auf Gröbba verpachtet. In neun Dörfern gehörte noch das Pfarrlehen dem Kloster, in Riesa, Genda, Pausitz, Teutewitz, Pausitz, Weida, Gröbba, Zeithain und Glaubitz.

Die Klosteranlage gewährte einen herrlichen Anblick. Die Kirche war auch sie rings von einer hohen Mauer umschlossen, deren südliche Seite die jetzige Hauptstraße am Altdorfplatz entlang ging. Von ihr aus öffnete sich das Tor in den Hof auf das Gebäude zu, das der Propst bewohnte. Es bestand aus einem hohen spätgotischen Turm, in dem der Propst selber wohnte und einem links daran anschließenden längeren und niedrigeren Hause für die Verwaltung. Ein Torweg führte durch dieses Haus in einen Hof; durch eine andere Mauer, die schräg rechts vom Propshause her lief, gelangte man vor das Kloster selbst. Dieses Gebäude umfaßte im Ganzen außer dem weltlichen Flügel den Raum des Rathauses von heute. Viele Teile des Erdgeschosses, besonders die Grundmauern, Pfeiler und Gewölbe rühren aus der Klosterzeit her. Am reinsten spricht sie zu dem Besucher in dem auf der Rückseite des Rathauses im eigentlichen Klosterhofe gelegenen Refektorium; in diesem Raum war einst an dem denkwürdigen 17. Juni 1540 von den herzoglichen Militären die Aufhebung des Klosters ausgedroht worden. Er hatte sonst die schönsten Feiern der Klosterinsassen gesehen, nun sah er das Ende der ganzen Klosterherrlichkeit. An der Nordseite des Hofes erhob sich das Nonnenhaus in einem Hauptflügel von Ost nach West und einem Seitenflügel von Ost nach Süden, auf das an die Kirche folgende östliche Ende des Vorbergebäudes zu. Im Erdgeschoß dieses Flügels lag wohl der 1406 neu erbaute, später aber nie wieder erwähnte Kreuzgang, der in die Kirche führte. Die kleinen Fenster in dem Nonnenhause kündeten heute noch die Wohnung der Nonnen und ihrer Vorgänger. Die sechs östlichen Fenster auf der Nordseite des Untergeschoßes rühren wohl aus dem 12. Jahrhundert her, in dessen zweiter Hälfte das Kloster neu hergerichtet worden war. Die späteren Bewohnerinnen wählten wohl nicht mehr davon, das in der weltlichen Verbindungsmauer mit dem Refektorium ein Zeugnis des ursprünglichen Gebäudes, ein Erdgeschoss, eingemauert war, der vor vier Jahren wieder zum Vorschein gekommen ist. Westlich von dieser Mauer erstreckte sich der Gutshof bis hinauf an das Verwaltungsgebäude, von Ställen und anderen Wirtschaftsgebäuden umgeben, hinter denen sich die Gärten hinzogen auf dem Gelände der Häuser südlich und nördlich der Klosterkirche.

Der letzte Propst war Andreas Behardt gewesen, 1585 bis 1588. Er hatte die Mittel des Klosters in einem großen Maße erschöpft; darunter ist der Neubau des Klosters der Kirche oder der des Propsteigebäudes zu verstehen. Als 1587 der Bischof Johann von Wollitz in Weichen sein Amt antrat, wurde ihm berichtet, daß der Propst in Riesa seinem Amte nicht vorstehe, wie es die Notdurft der Zeit erfordere. Darauf verlangte der Bischof von ihm Rechnung. Der Propst gab auf eine. Doch genügt sie dem Bischof nicht; er befehlt ihm eine vollständige Rechnung so schnell als möglich einzureichen. Der Bischof fügt dem Bericht an den Herzog Georg den vielliebenden Satz hinzu: „Es aber des anderen Tages nach dem Willen Gottes verstorben.“ Das war 1588. Der Bischof bemühte sich vergeblich, einen Geistlichen als Nachfolger zu gewinnen. Schließlich betraute er mit der Verwaltung Gröbba von Weichen, den Schwager der Priorin Anna von Schönberg. Wie schon erwähnt, wurde das Klostergut bei der Aufhebung an Christoph von Rischwitz auf Gröbba verpachtet. Die Einkünfte des Klosters sollten, wie dem Landtage 1544 vorgeschlagen wurde, zur Befolgung der herzoglichen Ratskanzlei und nicht anders verwendet werden. Das sollte auch gelten für die Zinsen, die Schleinitz auf Seerhausen für die Kaufsumme jährlich zu zahlen hatte, um die er das Dorf Weida und das halbe Dorf Pausitz vom Kloster 1543 erworben hatte. Fünf Jahre nach seinem Landtage ward das Klostergut aber als ein rechtes Lehngut an Martin von Wittig verkauft. Die Verantwortung dazu ist von allgemeinem Interesse. Wittig hatte das Rittergut Rammhof bei Magdeburg besessen, aber auf Wunsch des Herzogs Moritz es ihm mit seinem Witwe laus der hohen Schweine- und Rehölz auf Kretern und auf Krauscha, Steinbach, Rammhof und Varnwalde für 2000 Gulden verkauft, die er jährlich mit 1200 Gulden wiederzulieferlich verzinst erhielt. Man sieht hieraus, daß der ehemalige Besitz Martins von Wittig einen großen Teil im Weichen des jetzigen Forstes Moritzburg bildete. Dem Herzog wird bei der Anlage des berühmten Jagdschlosses der Erwerb des denkwürdigen Wittig'schen Waldes sehr wichtig gewesen sein. Nach Moritzens Tod wünschte Wittig das Kaufgeld um seiner Kinder willen wieder in Eigen- und Lehen anzulegen. Deshalb hat er den Kurfürsten August um das Klostergut Riesa. Er fand auch sofort Gebühr. Gegen Rückgabe des Schuldbriefes und gegen Zahlung von 2000 Gulden in bar wurde er am 3. Februar 1554 mit Riesa belehnt. Die Bedingungen seiner Familie zu Riesa gingen aber weiter zurück. Schon 1548, am 10. September, hatte seine Mutter, Sophie von Wittig, in der Kirche Pate gestanden; sie hielt sich allem Anscheine nach dauernd auf dem Gute auf. Seine Frau, Margarete, verstarb am 22. September 1548 und seine Tochter Agnes am 21. Juni 1549 zum ersten Male hier und dann öfters daselbst christliche Amt.

24 Jahre waltete Martin von Wittig hier als erster adliger Grundherr. Schon die ältere Patenschaft zeigt, daß man sich in Riesa an der neuen Gutsherrschaft freudig freute, und daß diese willig die Gelegenheit ergriff, den neuen Untertanen entgegenzukommen. Die Familie zeigte auch sonst eine milde Hand. Der Pfarrer Andreas Günther, der zweimal ewigleiblich, hatte 1561 Alter halber sein Amt abgeben müssen und mit seiner Frau ein Häufchen besessen, das sie sich selber erbaut hatten. Sein Nachfolger gewährte ihm von seinen 50 Gulden Einkommen 10 im Jahre und auch einen Teil des ihm zutreffenden Kornes; dieselbe Summe und dieselbe Getreidemenge, 4 Schod Korn, gewährte freiwillig auch Wittig. Er war aber nicht immer ein freundlicher Nachbar. Auf sein Verreiben ist es wohl gesehen, daß die Familie von Roderitz auf Klein- und Großpromnitz, die sich von den Ortsbewohnern allein noch zur Klosterkirche gehalten hatten, nur bei der Visitation 1555 völlig ausziehen und der Kirche zu Biederau sich anschließen. Nur das Begräbnis auf dem Kirchhofe sollte ihnen wie ihren Vorfahren bleiben. Es ist aber kein Fall aufgedrungen, daß ein Mitglied der Familie hier bestattet wurde. Wittig schuf bald auch hier eine Aenderung. Er kaufte zwischen den Weinbergen der Bauern ein Stück Feld als neuen Gottesacker und ließ eine Mauer darum aufführen; 1561, als das erste Totenbuch angelegt ward, wurden die Toten schon längst auf dem neuen Gottesacker begraben. Der an der Kirche war geschlossen und dem Pfarrer zur Ausübung übergeben worden. Sicher war der Raum auch nicht mehr genügend. Wie der Standesbeamte über der Elbe ferngehalten wurde. In verband

es Wittig auch, einen geringeren Nachbar aus der Nähe zu bringen. Dem Schulmeister war bei der ersten Visitation ein Garten dicht an der Klostermauer, wahrscheinlich zwischen Kirche und Propst, angewiesen worden. Darin stand auch sein Haus, in dem er Schule zu halten angefangen hatte. Aus irgend welchem Grunde liebte der Gutsherr sich durch diese Nachbarschaft bequemen. Er brachte es dahin, daß das Haus sehr bald an eine andere Stelle verlegt wurde; den Garten mietete er dem Lehrer ab. Später erhielt dieser die Ausweisung zurück.

Der Besitz Riesa hat den wohl etwas unruhigen Geist des Mannes nicht lange gefesselt oder befriedigt. Schon 1568 hatte er Schartenberg bei Weichen erworben, um ganz dort hin überzusiedeln; von 1570 bis 1575 hielt er seinen Sitz als Lehn- und Gerichtsherr sein Sohn Ernst. Als er Schartenberg kaufte, hatte er Riesa verkaufen wollen; er hatte auf Käufer gefunden, die Brüder Stefan und Gebaldus von Alnerkopff auf Reufitz, die 2000 Gulden boten. Der Kauf kam aber nicht zustande, wahrscheinlich, weil sie die Schuld, die der Kurfürst bei ihnen hatte, nicht zur Anzahlung des Kaufpreises zurückerhalten konnten. Zuletzt wurde Riesa an Friedrich von Verdibsdorf, dem Wittig 10000 Gulden schuldeten, verpachtet, auf 6 Jahre. Von 1575 bis 1581 tritt dieser als Erbe- und Lehnsherr auf.

Endlich glückte es Martin von Wittig aber doch, in dem neuen Nachbarstadt einen zahlungsfähigen Käufer zu finden, den Präsidenten des Konviktoriums zu Weichen, Dr. jur. Johann von Embden. Der vom Bahnhofs Weichen die Straße ebnendwärts wandert, hat gewiß schon überaus viele Menschen vor dem kleinen, alten Gutshof mit den grün umflossenen Wänden und dem reizvollen Zaun gesehen. In diesem reizvollen Gölle wohnte der vornehme Beamte. Dessen schönen Sitz gab er beim Kaufe mit 10000 Gulden in Zahlung und wurde am 11. Oktober 1575 mit Riesa belehnt. Mit ihm zugleich wurden weit entfernt wohnende Brüder belehnt: Stefan zu Großen-Salz und Bruno von Weichen, beide Ehe lagen in der Magdeburger Gegend, erlere ein berühmter Salzort. Der dritte Bruder war scheinend in Magdeburg angelesen; er verdient besondere Erwähnung; denn am 3. November 1575 war er mit seinem Tochter Philipp Melanchthons, des gleichnamigen Sohnes des Reformators, in Wittenberg getraut worden. Er hatte 1564 in Leipzig und 1570 in Wittenberg studiert. Die Ehe wahrte nur kurze Zeit. Schon am 12. November 1575 wurde sein Schwigerpater zum Vormunde seiner beiden Söhne Konrad und Philipp wegen Riesa belehnt, er wollte also nicht mehr unter den Lebenden. Seine Witwe sollte ihn schon am 24. April 1586 im Tode nach; sie starb in ihrer Vaterstadt. Die Söhne studierten 1588 in Wittenberg, sie mühen beim Tode des Vaters noch sehr jung gewesen sein. Konrad wird nach 1596 nicht mehr erwähnt. Philipp studierte 1603 in Straßburg; 1617 und 1621 wurde er beim Verkauf Riesa mit 16000 Mark mit Weichen belehnt, das er das Jahr darauf schon wieder verkaufte. Später hatte er Ebersdorf bei Dittersdorf, 1642 lebte er dann in dem alten Konviktorium zu Weichen. Mit ihm scheint das Geschlecht erloschen zu sein, und nicht nur das Embden'sche, sondern auch das Melanchthons. Es war aber noch ein Bruder, der mit Riesa belehnt wurde: Thomas von Embden. Er war nach Weichen gegangen, wahrscheinlich zu suchen von einem schon vorher ausgewanderten Bruder, Wilhelm von Embden, der 1560 das Schloss Oberpöhlen dort besaß. Er hatte es in der Fremde zu hohen Ehren gebracht. Er wurde Statthalter des Königs von Polen in Riga, kurländischer-herzoglicher Rat und 1585 Schlosshauptmann in Riga. Nach 1585 ist er gestorben. Konrad, der 1588 als adliger Student aus Livland in Wittenberg immatrikuliert war, dürfte wohl sein Sohn gewesen sein. 1624 nahm er noch den Sitz auf der kurländischen Ritterbank ein; mit ihm ging das alte Geschlecht auch im Baltischen zu Ende.

Das Geschlecht stammte von dem Gute Groß-Embden im Kreise Neuhaldensleben. Wahrscheinlich im 11. Jahrhundert aus Ostfalen eingewandert, gehörte es zu dem Adel des Magdeburger Erzstiftes. Im Ausgange des Mittelalters besaß es Lehngüter, wie die eben genannten, und hatte sich in Magdeburg selbst niedergelassen. Der Vater unseres Dr. Johann war hier 1476 geboren. Er war Doktor und Professor der Rechte an der Universität Frankfurt a. L., deren Rektor er in dem denkwürdigen Jahre 1517 bekleidete. Später kehrte er nach Magdeburg zurück und wirkte mit großem Ansehen als Ratsherr. Hieronymus Schurz, der berühmte Wittenberger Rechtslehrer, hatte eine hohe Meinung von ihm. Er nannte ihn einen ausbildenden Juristen und sprach stets mit Achtung von ihm als dem gelehrten Sachkenner. Der hervorragende Gelehrte, der seiner Vaterstadt in der Zeit der großen Bedrängnis, als Herzog Moritz sie auf des Kaisers Befehl belagerte, die wertvollsten diplomatischen Dienste leistete, war ein ganz überzeugter Anhänger Luthers. In derber volkstümlicher Sprache hat er dieser Ueberzeugung einmal Ausdruck gegeben, als er in einer entscheidungsschweren Ratsversammlung erklärte, er wolle sich eher schänden lassen, als das Papsttum wieder anzuerkennen. Sein Sohn Johann trat in kurländische Dienste. Wahrscheinlich hatte Moritz Wert darauf gelegt, ihn für sich zu gewinnen, nachdem er die kluge und zuverlässige Art des Vaters bei den Verhandlungen während der Belagerung kennen gelernt hatte. Er war 1506 geboren; schon nicht mehr jung wurde er 1557 Professor, dann Präsident des Weichner Konviktoriums und Geheimrat des Kurfürsten August. Demnach war er schon hochbetagt, als er Riesa kaufte. In irgendwelcher näheren Bestimmung dürfte er kaum zu dem neuen Orte getreten sein; das war noch dazu erwünscht, da die Verwaltung weiterlief. 1583 ist er in Dresden bereits gestorben und in der Stadtkirche zu Weichen begraben worden. Sein einziger Sohn Johann Levin, 1565 geboren, war noch unmündig; er studierte gerade in Weichitz, nachdem er schon 1579 in Wittenberg als achtjähriger eingeschrieben worden war. Seine Vormünder hatten viel Rat mit dem Gute Riesa. Sie mußten ein Darlehen nach dem andern aufnehmen, und zwar sorgten sie nicht nur bei den Amts- und Standesgenossen des Verstorbenen, sondern auch Peter Dürr, Bürger im kleinen Orttrand, wurde um 1000 Gulden angegangen. Ebenfalls gab auch der Rat zu Magdeburg her. In Würdigung der Verdienste der Vorfahren, Ehre und Sicherheit genug für den Kleinbürger. So fand der Sohn eine Schuldenlast von 4500 Gulden vor, die er vermehren mußte, als er mündig geworden, die Erbschaft des Vaters selbst antrat. Die ganze Zeit seines leider nur kurzen Lebens hat er von da an seinem Gute und dem Ort gewidmet. Wenn nicht alles täuscht, hat Riesa an ihm wirklich einen Gutsherrn gehabt.

Mit großem Eifer hat er sich des Ausbaues und der Ausbesserung der Kirche angenommen. Neben die neue Kanzel ließte er einen neuen Taufstein. Für die Chorluben wurde eine besondere Empore errichtet. In den Turm schenkte er für die Uhr eine dritte Glocke. Der wichtigste Bau, den er in der Kirche ausführen ließ, war aber doch wohl die Gruft an der Nordseite. Um für sie Raum zu gewinnen, mußte wohl der Kreuzgang abgedröhen werden. Der eifrigen Thätigkeit, in der der Patron mit der Kirche fortwährend tätig war, ist ein gewisser Realismus in der Ge-

meinde selbst. Eine schwere Vermählung durch die Welt hatte 1584 die Gemüter aufgeregelt. Bald ein Jahr später wurde eine Antorsgesellschaft gegründet, deren 27 Mitglieder der Gutsherr am 22. Juli 1598 mit dem Pörrer zusammen besaß. Im Eingange der Urkunde wird er von den Gründern der geliebte Erbe und Lehnherr genannt. Man geht sicher, wenn man dieses Wort nur als Schmaß oder Schmeichelei auffassen wollte. Dazu nimmt es sich mitten in den herkömmlichen Titeln und Redewendungen zu eigenartig und lebhaft empfunden aus. Es wird doch eine herzliche Zuneigung zu dem jungen Herren vorhanden gewesen sein, deren er sich würdig erwies. Wie seine Vorgänger ließ er sich bei den Untertanen zu Vaten bitten. In einer bösen Sache suchte er den strengen Spruch zu mildern. 1580 war eine Bauersfrau mit einem Antste in Ehebrüche ergriffen und wie dieser zum Tode verurteilt worden. An diesem wurde das Urteil ohne weiteres vollzogen. Für die Mitschuldige richtete der Gutsherr ein Gnadengesuch an den Kurfürsten, vor allem wohl um des Kindes willen. Aber das Gesuch wurde abgelehnt und Johann Levin mußte der Gerechtigkeit freien Lauf lassen. Die Hinrichtung erfolgte an dem Felsgraben hinter den Schulgarten. Nicht nur auf eine Umwandlung von Mitleid, sondern auf ein tiefergehendes Verantwortungsgefühl gegen Kinder läßt ein anderer Vorgang schließen. 1593 war ein Häusler gestorben, der niemanden weiter zurückließ als einen kleinen Sohn. Das Haus mußte verkauft werden, dem Käufer aber wurde zur festen Bedingung gemacht, daß er die arme Witwe zu sich nähme und fleißig zur Schule anhalte. Das ist zugleich das erste und einzige Zeugnis dafür aus jenen Jahren, daß die Schulpflicht einem Gemeindegliede eingeschärft wurde.

Johann Levin von Embden starb schon am 22. November 1595; am 30. wurde er als erster in der von ihm erbauten Kapelle beigesetzt. Er hinterließ nur seine Witwe, Helena von Fernsdorf. Sie hatte den Wunsch, dem Fräulein vorzubereiten ein Grabmal zu errichten und sein Bild für die Nachwelt festzuhalten. Soziale tüchtige Bildhauer haben damals in der näheren und weiteren Umgebung Bildwerke von Königen und Päpsten geschaffen, die uns heute noch voll Leben ansprechen. Die Witwe Johann Levis geriet aber er an einen recht wenig befähigten Künstler. Gewiß ist Stein, der jetzt im Sonnengarten steht, so verwittert, daß dem bärtigen Antlitz kaum noch ein Zug zu erkennen. Doch die unglaublich verunstaltete Gaud läßt für das Kunst nicht viel erwarten, wenn es unverfehrt erhalten geblieben wäre. Umso mehr ist es zu bedauern, daß kein bester Bildhauer den Auftrag erhielt, als dieses Bildwerk ein einziges von einem Gutsherrn darstellend, das auf uns gekommen ist.

Auf den Tod folgten langwierige Verhandlungen, die in der Hauptsache von Christian von Aleswetter auf Dittersbach bei Stolpen geführt wurden, der mit der einzigen 1500 geborenen Schwester des Verstorbenen, Emilie, seit 1581 verheiratet war. Er war der Sohn des bekannten Hieronymus von Aleswetter, der nach rühmlich und redlich vollbrachten Kaufbahn als Kanzler des heimlichen Kalvinismus angeklagt, auf seinem Gute verhaftet wurde, so daß er es nicht wieder verlassen durfte. Christian kam es darauf an, aus der Schuldenmasse zu retten, was zu retten war. Die Witwe wurde mit einem Leibzins von den 1545 Gulden, die ihr zustanden, zunächst abgefunden. Im übrigen verlag sich Christian mit den Chelmen und Wetzern seiner Frau. Ihr selbst handelte 1600 Gulden aus dem Erbe zu. Um sie ganz sicher zu stellen, ließ Christian sich auf drei Jahre die ganze Krummlehne des Gutes und der Mühle einräumen. Trotzdem ward die Belehnung am 18. März 1596 nicht ihm, sondern Konrad, Stefan und Thomas sowie den Söhnen Martin, Konrad und Philipp, zuteil. Christian von Aleswetter und seine Frau haben sich nach einander schon 1598 in Dittersbach. Der Lehnbrief über Niefa wurde der Familie Embden in der Folge noch zweimal erneuert; jedesmal waren der Lehnempfänger weniger. Es war Brauch, daß nicht nur nach dem Tode des Lehnsträgers den Erben der Brief neu ausgestellt und das Lehn neu gerichtet wurde, sondern daß auch nach dem Tode des Lehnsherrn und Landesfürsten von seinem Nachfolger beim Regierungsantritte das Lehn bestätigt und ein neuer Brief darüber ausgestellt wurde. Christian II. erzielte 1602 am 29. Juni nach Beendigung seiner Vormundschaft Ruzo und Stefan von Embden und ihrem in Straßburg studierenden Neffen Philipp das Lehn. Nach Christian II. Tode erneuerte Johann Georg I. am 25. Mai 1612 Stefan und Philipp das Lehn. Das war die letzte Belehnung der Familie Embden. In Niefa ist seit 1596 nie wieder ein Mitglied von ihr wohnhaft gewesen. Die Verwaltung des Gutes lag in diesen Jahren in den Händen von Pächtern, die oft wechselten. 1599 bis 1604 war Stefan von Pächtern und Gerichtsherr; 1606 bis 1608 Bernhard Georg von Fernsdorf, 1608 und 1609 Thomas Matthias von Rehdorf. Beide waren Schwiegeröhne Alesweters; sie waren wohl nur hier, um die Rechte ihrer Frauen wahrzunehmen. Sie hatten nicht viel Glück dabei. Der erstere mußte 1607 seine erst dreißigjährige Gattin in der Grube des Heims begraben. Von 1610—1618 erscheint dann wieder Stefan von Reimer von den dreien hat sich ein Gedächtnis bewahrt, außer etwa Fernsdorf, dessen Wappen 1611 am Taufstein angebracht wurde. Bei diesem öfteren Wechsel in der Verwaltung mußte das Gut zurückgehen. Ihm machte der gleichnamige Sohn des verstorbenen Aleswetter ein Ende. Er kaufte den letzten beiden Embden 1617 das Gut ab. Philipp brachte den Kauf zuhause und erhielt 28.500 Gulden zugesprochen, von denen 1646 noch 2080 Gulden rückständig waren. Die mit Wolf von Wolberg wieder vermählte Witwe Johann Levis bekam 2900 Gulden Leibzins. Der Kaufpreis betrug 52.000 Gulden. Christian von Aleswetter hat das Gut nur vier Jahre besessen. Schon am 4. November 1621 verkaufte er es an den Mann, der für Niefa ein Ereignis wurde, an Christoph Felgenhauer.

Veruchen wir nun kurz einen Ueberblick zu gewinnen über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse des Gutes. Die dem einzigen Kloster gehörigen Dörfer hatten jährlich Geld und Getreide zu Bausurgis und Widalets zu geben, außerdem Gänse, alte Dähner und Eier. Sie waren auch zu Diensten in der Wirtschaft verpflichtet. Die Knechte in Niefa, Poppitz, Wergendorf, Genda, Wotitz hatten mit zusammen 39 Pfügen im Jahre je drei Tage zu adern, die von Weida und Panitz ebenso oft, die von Leutenitz mit acht Pfügen nur je einen Tag; dazu hatten sie das Heu einzufahren. Die Gärtner in den drei erwähnten Dörfern, zusammen 48, hatten den Weinberg zu bearbeiten, jeder drei Tage; alle Einwohner aber mußten die Trauben ablesen. Für diese Dienste und andere wurde freit Essen erwährt, das genau in dem Verhältniß bestimmt ist. Fahren mußten ferner geleistet werden für Raif, 50 jährlich aus Mündschhof, und für Holz, 50 jährlich aus der Popsche. Der Salzfuhrer hatte im Jahre ein Fuder für die Herrschaft aus Halle zu holen. 1575 zahlte man in Niefa 10 Gulden, nach einer genaueren Angabe aus dem Jahre 1602 gliederten sie sich in drei Dreihäner, 5 Zweihäner, je 1 Aderhälsdähner und 1 Einhäner. In jenem Jahre waren daneben 16 Dalbhäner, 9 Gärtner, 20 Hänsler. In diesem Jahre hatte sich ihre Abfederung um ein wenig vermindert; es wurden 11 Dalbhäner, 11 Gärtner und 48 Hänsler angeführt. Viele Knechte an ihrer Spitze der Richter, bildeten den letzten Stamm der Bevölkerung. Das Handwerk war ganz dürftig nur vertreten mit zwei Müllern, einem Töpfer, einem Linder, einem Voharber, einem Biegeschleicher, einem Fischer, einem Weiner. Für die Untertanen an der Kirche waren zwar drei Mauerer aus dem Orte tätig; der Tischler aber war aus Genda, der Schlosser aus Strehla, der Glaser aus Bernsdorf herbeigeholt, ganz abgesehen von den Tisch-

lern, die das 1608 wieder aufgestellte Klosterbild zusammenlegten, die aus Wetzern waren. Im Verkehr nach außen handelte ein Schiffer und ein Salzfuhrer. Im Gute selbst waren außer dem Gerichtsherrn oder Schöffen tätig der Bauherr, der Klosterknecht, der Schirmer, der Pörrermeister, der Klostermüller, bis 1573 die jetzt abgebrochene Klostermühle verkauft wurde, der Winger, der Schäfer in Gähls, der Diener und eilliche Anechte. An weiblichen Kräften finden wir die Beschleherin, die Köchin, die Dienerrin, die Käsemmutter und Wäge. Die Herrschaft des Gutsherrn dürfen wir uns nicht unumchränkt vorstellen. Gewiß mußte jeder Kauf und Verkauf vor seinem Gerichte vor sich gehen, aber seiner Erlaubnis bedurfte es nicht. Eine Formel lautete z. B. 1580 beim Verkauf eines Hauses: mit Willen der Herrschaft und mit Bewilligung der ganzen Gemeinde. Die Fälle sind nicht selten, wo der Schöffe vor dem Dingstuhl, zu dem auch Pöppitz gehörte, oder dem Gerichtsherrn, einem Käufer das Lehn leitete. Letzteres war auch die ganze Gemeinde zugegen. So wurde 1579 eine Lehnrede durch den Schöffen an Bauern vor gelegter Dingbank zu Genda vollzogen, gehalten vor Richter und Schöppen samt der ganzen Gemeinde. Hauptächlich wohl beim Verkaufe einzelner Hufe und der Mühlen trat diese alte Rechtsform in Kraft. Im 17. Jahrhundert verschwindet sie vor dem üblichen Durchbringen des römischen Rechtes. Als aber noch 1613 die Ehefrau des Gerichtsherrn Stefan das ihre Gebrade, also ihr eingebrachtes Delatgut, an ihre beiden Söhne verwillen wollte, von denen einer Student war, tat sie es in feierlicher Form vor dem Dingstuhl im Obergeschosse über der Schöfferlei im sitzenden Gerichte. Manche Untat wurde noch in der alten hergebrachten Weise gelöhnt; so mußte 1608 ein Fremder, der in der Pfarre hatte eindringen wollen, vor dem Klosterhofe unter blauem Himmel vor dem Gerichtsherrn und der Gemeinde Urkunden schwören. Im übrigen wurde aber Diebstahl streng mit dem Galgen bestraft.

So hatte sich in dem wirtschaftlichen und rechtlichen Leben und in der Zusammensetzung der Gemeinde seit dem Mittelalter wenig geändert. Aber wie die Gründung der Antorsgesellschaft zeigt und der große Eifer, die Kirche auf feste herzustellen und auszuschnüden, und wie die Einschärfung der Schulpflicht kund tut, war doch ein frischer Geist eingeatmet, dem das Feld zu weiterer Betätigung geöffnet werden konnte. Der das versuchte, war Christoph Felgenhauer.

Er stammte aus einer Dreddner Bürgerfamilie. 1588 wird sie wohl zum ersten Male genannt, als Franz Felgenhauer, der Sohn eines Bürger, das Bürgerrecht selbst erwarb. Die Tatsachen, daß die Vertheilung von Nachfelsen, auf die der Name weist, im nördlichen Böhmen stark betrieben wurde und daß der Name hier vorkam — der Theosoph und Richter Paul Felgenhauer wurde in Puschwitz gegen Ende des 16. Jahrhunderts geboren — konnten die Vermutung nahe legen, daß die Familie aus dem böhmischen Grenzlande eingewandert sei. Auf jeden Fall war sie in Dredden bald weitverbreitet und gelangte zu Keutern und Wohlstand. 1578 wurde als Bürger verzeichnet ein Salomo Felgenhauer, der das unter Kurfürst August wichtig werdende Amt eines Postmeisters bekleidete. Einen andern deselben Namens, August, vielleicht seinen Sohn, finden wir 1598 in dem gleichen Amte. In jenem Jahre wurde noch ein Hans Felgenhauer als Bürger verzeichnet. Er ist wohl wiederzuerkennen, in dem Hans Felgenhauer, dem 1688 am 21. Juli ein Sohn Christoph getauft wurde. Vielleicht ist dieser der Christoph Felgenhauer, der 1618 in Leipzig immatrikuliert war, was für sein Lebensalter freilich recht spät gewesen wäre. Ein anderer Felgenhauer, auch Christoph genannt, ließ 1610 für sich und seinen Sohn Andreas, der Postkammerantalschreiber war, einen bürgerlichen Wappenstein in Wien ausstellen. Der Vater des späteren Niefaer Gutsherrn lebte noch 1624 und stand bei einem Enkel seines Sohnes Pate; er ist mit dem Vornamen Christoph ins Taufbuch eingetragen. Man wird darnach vermuten dürfen, daß der Vater des Andreas auch der Vater des Christoph, des Niefaer Gutsherrn, ist.

So wenig sicheres sich schließlich über die Herkunft Christoph — wie er sich selber schrieb — Felgenhauers ausmachen ist, so deutlich sind dann doch die Stufen seines Emporkommens. Am 4. April 1600 wurde er zum Renthschreiber bestellt, 1603 wurde er Sekretär, 1611 Kammer-Notenmeister, 1618 Inspektor der Fische auf der Elster und Soale, 1622 gehobener Kammerrat. Etwa um 1602 heiratete er. Schon am 3. März 1613 starb Frau Magdalena. Am 5. laute er auf dem Kirchhofe der Soppelkirche einen Schwöbgen zum Erbegräbnisse, hier wurde die Verstorbenen am 7. beigesetzt. Sie hinterließ einen Sohn und fünf Töchter. Der Eintrag ihres Todes im Dreddner Kirchenbuche ist in Abschrift erhalten; denn er wurde hundert Jahre später bei der Uebertragung des Begräbnisses an einen Nachkommen aus der weiblichen Linie herbeigezogen. Hierbei wurde auch eine Stammtafel angefertigt, in der die Verstorbenen Magdalena von Schöpsin aus Bunsperade (!) in Böhmen genannt wird. Zum zweiten Male verheiratete sich Felgenhauer 1627 mit Emerentia geb. Winkelmann, der Witwe des Hofmeisters Peter Fieder auf Niederauerbach i. S., mit dessen Sohn Georg Abel seine Tochter Magdalena sich wohl gleichzeitig vermählte.

Die Erwerbung Niefa durch Felgenhauer ist ein wohlbedachtes, ausnehmend nicht ganz einfaches Beginnen gewesen. Es darf die Darstellung dabei wohl etwas weit ausgreifen. 1607 hatte Felgenhauer in der Kreuzgasse zu Dredden ein Haus in der Nachbarschaft des Pfarrhauses gekauft. Als bald ließ er ein Fenster ausbrechen, das auf den Pfarrgarten hinaus. Der Superintendent D. Laurentius erhob, wie er berichtet war, dagegen Widerspruch; wie es scheint, aber in freundschaftlicher Weise. Felgenhauer ging darauf in ganz überzählender Weise ein. Er kaufte das ihm zunächst liegende Stück des Gartens um 500 Gulden und baute es mit einer hohen Mauer ein, so daß der Blick in den übrigen Garten nun verlossen war. Der Rat gab 100 Gulden zu dem Bauwerk. Dieses an sich belanglose Ereignis vermag doch den Charakter Felgenhauers etwas zu kennzeichnen: einen ähnen Willen, der kein Opfer scheute, um sich durchzusetzen, allerdings auch nicht immer die Mittel im rechte Verhältnis zum Zwecke setzte, dabei persönliche Schärfe nach Möglichkeit vermied. Als Nachfolger des D. Laurentius kam 1616 D. Strauch, der 1610 Superintendent in Oschatz gewesen war. Er muß irgendwie in Beziehungen zu dem Richter Stefan Osk gefunden haben, denn eine Schuldbforderung, die dieser an das Gut Niefa hatte, war später in seinen Händen. Durch ihn mag Felgenhauer über Niefa unterrichtet worden sein. In sehr nahen Beziehungen muß er zu dem damals einflußreichsten Manne am Hofe, dem Oberhofprediger D. Obe von Hönegg gestanden haben. Er ließ erstreute sich der Gunst des Kurfürsten. Als der Wunsch, Niefa zu erwerben, vor diesen kam, fand er die eifrigste Förderung. Der Hofmarschall Hans Georg von Ockerhausen und der Rentmeister Michael Hartmann wurden beauftragt, mit Christian von Aleswetter in Verhandlungen über Niefa zu treten. Sie führten nicht ohne gewisse Mühe zum Ziele. Am 31. Oktober 1621 hat Christoph Felgenhauer das Gut besichtigt und ist mit Christian von Aleswetter schließlich handeltätig geworden; auf des letzteren Seite stand dabei Philipp von Embden. Am Tage darnach konnte der Hofmarschall dem Kurfürsten vom Abschluß des Kaufes berichten und am 8. Januar 1622 erhielt Felgenhauer die Belehnung für sich und seine Nachkommen. In dem Lehnbriefe wird ausdrücklich hervorgehoben, daß das Lehnsgut nunmehr in ein Erbgut verwandelt sei.

Bei der Vertheilung der Gebäude mochte Felgenhauer schon mancher Wandel ausgefallen und mancher Plan, zu bessern und zu ändern aufgenommen sein. Das erste, was

er hoffte der Uebernahme tat, war nur, daß er ein gründliches Bauen begann. Die Teile des ganzen Hauses, die nach allen Bildern die Formen der deutschen Renaissance tragen, werden damals errichtet oder doch neu gestaltet worden sein. Neu angebaut wurde der Westflügel des jetzigen Hofhauses, der über das alte Klosterwerk hinausragt. Auch an dem Profiteigebäude wurden Erweiterungen vorgenommen. Hierzu wurde der Schulgarten und ein Stück vom Pfarrgarten mit verwendet; die Rugnieher erhielten dafür eine reichliche Entschädigung. Bei seinem Bau ging Felgenhauer wohl davon aus, für sich und seine zahlreiche Familie einen hässlichen Wohnsitz zu schaffen, wie er seinem Vermögen und seiner Stellung entsprach, jedoch er unter dem eingesehnen Adel der Umgegend sich zeigen konnte. Der Bau war sicher auch eine Notwendigkeit, denn die bisherigen Bewohner hatten sich mit den alten Klosterräumen begnügen müssen. Die für Familien nicht geeignet waren. Dieser ganze Bau forderte öfters die Anwesenheit des Gutsherrn. Dabei wurde er immer bekannter mit der Lebensweise und den Lebensbedingungen seiner Untertanen. Als bald verwendete er sich bei dem Kurfürsten darum, daß dem Flecken Niefa das Stadtrecht verliehen werde. Schon am 16. Dezember 1629 heißt es im Kirchensuche etwas verkratzt: im Städtlein Niefa. Am 28. Juli 1628 wurde der Stadtbrief erlassen. In ihm erklärte der Kurfürst, daß ihm berichtet sei, wie es den Untertanen Felgenhauers zu besonderer Verbesserung und zum Aufnehmen ihrer Nahrung gereichen würde, wenn der Flecken Niefa mit dem Stadtrecht begnadet würde. Dabei hat er in anständiger Betrachtung der treuen, nützlichen und unverdrossenen Dienste, die ihm Felgenhauer viel Jahre her geleistet, eigenmächtig, daß nunmehr von dato an zu einigen Zeiten der Flecken Niefa in seinem ganzen Bezirk, und wie er künftig gebaut und erweitert werden möchte, vollkommenes Stadtrecht mit allem, was davon dependirt haben, vor eine Stadt geachtet, gehalten, sich aller und jeder Privilegien, Freiheiten, Rechten und Gerechtigkeiten erfreuen und gebrauchen möge. Dazu wird das Recht verliehen, jährlich zwei offene Märkte abzuhalten, den Krammarkt am Sonntage Looimodogenit und am Sonntage nach Wallau, den Hof- und Viehmarkt jedesmal des Tages zuvor. Dem Gutsherrn wird dabei das Recht verliehen, das Stadtrecht und Handwerksämter und was sonst zum Aufnehmen bürgerlicher Nahrung gereichen mag, in gute Ordnung zu setzen, Bürgermeister, Richter, Kammerer, Weisger und andere Ratpersonen wie auch Meister und Obermeister in Handwerkszünften zu setzen und zu besätigen.

Zu den Tagen, da dieser Stadtbrief erlassen wurde, war schon der große Krieg entbrannt. Noch hatte Sachsen nicht darunter zu leiden. Aber es zeigte sich bald, daß der Stadtbrief vorderhand nicht viel mehr als einen Beschel auf die Zukunft bedeuten konnte. Der Krieg mit seinen unglücklichen Verwüstungen verurteilte die Bemühungen um das Kleinwachsen Niefa in ein städtisches Leben zunächst zum Scheitern. Keuchlich machte die Erhebung zur Stadt sich wohl nur darin bemerklich, daß der bisherige Richter den Amtsnamen des Bürgermeisters führte, aber sonst seinen Alter weiter behaute wie früher.

Felgenhauers Interesse für Niefa erlahmte nicht, als er 1634 das Schloß Radeburg erwarb und es das Jahr darauf mit Dirichstein verkaufte. Er sah Niefa als die neue Heimat seiner Familie an. In einem glänzenden Festtage feierte er den Tag, an dem der Sohn seiner Tochter Christiane, die mit Christian Winkelmann, Oberaufseher der Fische, verheiratet war, getauft wurde, den 25. Juli 1635. Das kurfürstliche Ehepaar war zu Vaten gebeten und ließ sich vertreten. Unter den übrigen Vätern war der greise Vater Felgenhauers, D. Obe von Hönegg und seine Mutter, der Bürgermeister von Popsitz, Dr. Köstel, viel Adlige, auch aus der nächsten Umgegend. Diese Taufgesellschaft, in der viel vornehme und bedeutende Persönlichkeiten Kursachsens sich begegneten, bekundete aufs deutlichste die Stellung und Geltung Felgenhauers im Lande. Seit dem Tode, da einmal ein Bischof von Naumburg von dem neuen Ansehen seines Klosters durch Kugensheim Kenntnis nahm (zwischen 1188 und 1190), hatte das alte Haus wohl nicht wieder so hässliche Gäste beherbergt. 1628, am 14. Juli, nach Vollendung des großen Schloßbaues, besuchte der Kurfürst selber seinen Schwelmen Kammerat. Dann kamen bald böse Jahre. Aber Felgenhauers Freigebigkeit ließ sich nicht mindern; 1629 im August baute er den kleinen Turm auf dem Sträßbuche; das Jahr danach stiftete er eine neue Orgel. 1632, kurz ehe die Pest als Vorboten schwerer Kriegstage ganz kurzzeitig einbrach, stellte er einen von Wollenstein aus Groggigau vertriebenen Geistlichen, Jakob Winkelmann, als Diakon an, stiftete vom Gutlande ein Leben und Bewog die Eingepfarrten, sich zum Unterhalte zu verpflichten, wie er auch selbst mit Geld und Korn zum Lebensunterhalte beitragen wollte. Doch war die Stiftung, die nicht nur dem Glückselig ein neues Amt verschaffte, sondern das kirchliche Leben, das durch den Plünderer in Weida belastet war, in jeder Weise fördern sollte, nur von kurzer Dauer. In den folgenden unruhigen Jahren starb der Diakon und das Lehn ward nach Felgenhauers Tode wieder aufgelöst.

Felgenhauer wurde kurchbar getroffen, als 1657 durch die Schweden Niefa, Poppitz und Wergendorf in Brand gesteckt und fast alle Gebäude in Asche gelegt wurden. Auch das Rittergut selber hatte schweren Brandschaden erlitten. Er selber hat diese Verwüstung des Ortes, der ihm so lieb geworden war, nicht lange überlebt. Am 30. November 1659 ist er gestorben; wo, hat noch nicht festgestellt werden können; möglicherweise in Dredden; doch neben seiner ersten Gattin ist er nicht beigesetzt worden.

Nach seinem Tode wurde das Schloß Niefa 1642 und 1643 nochmals gründlich geplündert und alles Niefa, Getreide, Futter und Dausgerät fortgeschleppt. Die Felder waren schon 1637 durch Schanzengruben aufs ärgste mitgenommen worden. Die Vermögensverhältnisse waren auch sonst sehr gerüttelt. In Niefa und Dirichstein baute er wohl weniger für sich als für seine Töchter die Rittergüter Scheibitz, Emelose und Brandenrode im Querfürstigen erworben. Seine antiken Beziehungen als Hofdirektor zu Halle, dem für den Salzbau das Grubenholz auf der Saaleföhre zugeführt wurde, hatten ihn wohl zu diesem Ankaufe gebracht. Die Winkelmänner besaßen das Gut erst einige Jahre gemeinsam. Der einzige Bruder, Christoph Felgenhauer, hatte Dirichstein. 1646 kamen sie überein, Niefa an ihre Schwägerin Magdalena und deren Gatten, Dr. Jur. Georg Abel Fieder auf Niederauerbach, Hof- und Justizrat in Dredden, um die 88.000 Gulden aufgelaufener Schulden und Zinsen zu verkaufen. Der Dr. Fieder muß ein sehr strenger Herr gewesen sein, der allenfalls auf Rechte sah, wie es ja die unruhige Zeit forderte. Unter seiner Herrschaft ist die Cantoreiengemeinschaft am 27. Dezember 1651 wieder eingerichtet worden; kurz vor seinem Tode hat er die Statuten am 17. April 1653 genehmigt. Seine Witwe überlebte den viel älteren Gemahl um 22 Jahre. Ihre Lebenszeit war mit viel Mühe um die Wiederherstellung des zerstörten Ortes und um die Stärkung des gelähmten Lebens ausgefüllt. 1655 bewog sie im Verein mit dem Superintendenten und dem Pfarrer die Eingepfarrten, ein neues, geräumiges Schulhaus zu bauen. Ein überließ ihnen das alte Haus zum freien Verkaufe, damit sie den Erlös zum Neubau verwenden konnten. Für die Bedürfnisse des Cantoreienbesitzes hatte sie freit eine freie Hand. Noch bei Lebzeiten setzte sie den drei Kirchen zu Niefa, Genda und Leutenitz Vermögensstücke von 100 und je 50 Gulden aus; die Zinsen sollten zur Hälfte am Georgstage und am Tage Magdalena unter arms notleidende und gebrechliche Leute, auch arme Witwen und Waisen, so ihr Brot nicht erwerben können, verteilt werden. Es ist bemerkenswert, wie die Protestan-

Der Hüter der Stadt.

Cantate für Soli, Chöre, großes Orchester und Orgel von Iwan Schönebaum.

(Kirchenkonzert anlässlich der Stadtrechtsfeier am 26. August 1923.)

Wo der Herr nicht das Haus baut, so arbeitet umsonst, die daran bauen. Wo der Herr nicht die Stadt behütet, so wachet der Wächter umsonst.

Psalm 127, 1.

O selig Haus, wo man dich aufgenommen, du wahrer Seelenfreund, Herr Jesu Christ, wo unter allen Gästen, die da kommen, du der gefeierte und Liebste bist, wo aller Herzen die entgegenschlagen und aller Augen freudig auf dich lehn, wo aller Lippen dein Gebot erklingen und alle deines Winks gewärtig stehn.

O selig Haus, wo man dich aufgenommen, du wahrer Seelenfreund, Herr Jesu Christ!

R. Job. Pöhl, Epitta.

Wohl dem, der den Herrn fürchtet und auf seinen Wegen geht. Du wirst dich nähren deiner Hände Arbeit, wohl dir, du hast es gut!

Psalm 128, 1.

Wer nur den lieben Gott läßt walten und hoffet auf ihn allezeit, den wird er wunderbar erhalten in aller Not und Traurigkeit. Wer Gott, dem Allerböchsten, traut, der hat auf seinem Sand gebaut.

Georg Neumark.

Gelobet sei der Herr, daß er mir hat gegeben eine wunderbare Güte in einer feinen Stadt!

Psalm 31, 23.

Der Herr ist noch und nimmer nicht von seinem Volk geschieden; er bleibt ihre Zuversicht, ihr Segen, Heil und Frieden. Mit Mutterhänden leitet er die Selnen stetig hin und her. Gebt unserm Gott die Ehre.

Job. Jak. Schö.

Gerichtsjaal.

Verurteilung in der Gefangenenanstalt. Vor dem Schwurgericht Chemnitz befanden sich gestern 1) der am 20. April 1901 in Verdorf geborene und auch dort wohnhaft gewesene Bergarbeiter Emil Ruit Graupner, 2) der am 3. September 1901 in Reuthen geborene und zuletzt auch dort wohnhafte Schlosser Richard Otto Meyer und 3) der am 13. Februar 1894 in Reuthen geborene und zuletzt in Klaffenbach wohnhaft gewesene Fleischer Rudolf Welsch.

Die drei waren Schuldhaft, am Sonntag, den 26. März d. J., als Untersuchungsgefängnis der hiesigen Gefangenenanstalt sich zusammenschloß, mit vereinten Kräften einen Unfallschaden an der Anstalt zu veranlassen. Welsch war der Anführer. Durch Worte und Rettel war der Wächter, dem die Flucht aus dem Gefängnis folgen sollte, festgelegt worden, und er wurde zunächst auch so ausgeführt. 32 Gefangene gingen in der üblichen Weise, von dem Oberwachmeister B. beaufsichtigt, im Kreise spazieren, als plötzlich Graupner auf den Wächter auflang und ihm beide Arme festhielt, so daß B. die Alarmklingel nicht in Bewegung setzen konnte. Meyer trat dann ebenfalls schnell hinzu und versuchte, dem Wächter die Schlüssel aus der Tasche zu nehmen. Auch Welsch beteiligte sich an dem Ansturm auf den Wächter. Er dürfte es gemerkt sein, daß dem Wächter den Mund zuhalten versuchte. Dieser rief um Hilfe und konnte bald danach auch die Alarmklingel erreichen. Nur den Bruchteil einer Minute dauerte es, da kamen auch schon die anderen dienhabenden Beamten der Anstalt zu Hilfe, so daß der Ausbruchversuch schnell unterdrückt werden konnte. Die Geschworenen bejahten sämtliche Schuldfragen. Das Gericht sah bei Graupner und Meyer je eine Nachhaftstrafe von 1 1/2 Jahren, bei Welsch eine solche von zwei Jahren als verwirkt an. Aus diesen Strafen wurden unter Berücksichtigung der von Meyer und Welsch noch zu verbühenden Diebstahlsstrafen Gesamtstrafen gebildet.

Urteil des Großenhainer Schöffengerichts. In der schweren wirtschaftlichen Zeit, die Deutschland jetzt durchlebt, ist es unabweisbar doppelt verwerflich, wenn sich Elemente finden, um der ausländischen Industrie in die Hände zu arbeiten. In einer Runkelbrotfabrik zu Großräschen bei Großenhain war der aus Wöhren gebürtige Wertmeister Gustav Brodick tätig. Im Frühjahr versuchte er, Fabrikgeheimnisse beim ein durch Patente geschütztes Verfahren an die ausländische Industrie zu verkaufen. So nahm er in Italien, Amerika usw. Fäbriking und verkaufte schließlich ein derartiges gefälschtes Verfahren nach England. Der Kaufpreis betrug eine Million Mark. Der bestohlenen Firma fiel es auf, als plötzlich die Auslandsaufträge ausblieben. Man mußte bereits die Entlassung von Arbeiter in Erwägung ziehen. Gegen Winkten wollte Brodick plötzlich nach England abreißen, um sich den Rest des ausbezahlten Geldes zu holen. Bei der Festnahme wurden damals 60 englische Pfund vorgefunden und beschlagnahmt. Wegen der begangenen Handelsdelikte stand Brodick, der übrigens tschechischer Nationalität ist und inzwischen bei einer Firma in Treuen im Bootlande ein anderweitiges Unternehmen gefunden hat, vor dem Schöffengericht zu Großenhain. Das Urteil lautete insofern auf fünf Wochen Gefängnis. Wegen der beschlagnahmten 60 englischen Pfund hatte sich Angeklagter mit der hintergegangenen Firma durch Vergleich geeinigt; jede Partei nimmt die Hälfte für sich in Besitz. Dies macht bei dem jetzigen Kursstande rund je eine halbe Million Mark aus.

Marktandacht Dresden. In den Rührkräften der Dresdner Hauptmarktställe wurden kürzlich 9 Zentner Butter und 8 Zentner Margarine beschlagnahmt, die der Händler Reich in Dresden dort eingelegt hatte. Im

amten Falle wurden 20 Zentner Butter und 13 1/2 Zentner Margarine mit Beschlagnahme, die den beiden Händlern Breyer und Wölscher gehörte. Sie hatten die Ware ausgedüngt, daß Margarine ausverkauft und Butter noch nicht eingetroffen sei. Die drei Personen erhielten vom Marktandacht Strafbefehle über je 6 Wochen Gefängnis und 50 Millionen Mark Geldstrafe. — Wegen Verleumdung mit Stachelbittern wurde der Rührermeister Gottlieb Heinrich Scherzer in Dresden-Döbeln vom Marktandachtgericht zu 2 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Internationale Konferenz der Rotkreuzvereine.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz hat auf den 26. August eine internationale Konferenz der Regierungen und Rotkreuzvereine nach Genf einberufen. Diese Konferenz, die erste seit Gründung des Roten Kreuzes im Jahre 1863, ist die zweite, die seit dem Kriege in Genf abgehalten wird. Über 40 Vereine haben ihre Teilnahme ausgedrückt und die meisten Regierungen werden vertreten sein. Außerdem hat das Internationale Komitee einige Persönlichkeiten, welche sich besonders für die Probleme des Roten Kreuzes interessieren, eingeladen und ebenso die Mehrzahl der bedeutenden privaten und staatlichen Einrichtungen, deren Streben oder Ziel denen des Roten Kreuzes gleich sind.

Speziell.

Städte-Tamenspiel Reizung-Niesla. Auf das heute abend anlässlich der Stadtrechtsfeier stattfindende Spiel sei nochmals aufmerksam gemacht.

Wirtschaft.

Erhöhung des Kaffeepreises. Wie der Verein Hamburger Kaffeehändler und Großhändler mitteilt, ist der Preis für ein halbes Kilogramm Rohkaffee im Kleinhandel für die Woche vom 25. August bis 1. September auf 2500000 bis 3800000 M. festgesetzt worden.

Weitere Teuerung um 64%. In der abgelaufenen Woche vom 18.—24. August hat sich eine weitere Teuerung der Dollarkurssteigerung ungefähr entsprechend der Lebenshaltungskostenindex der Industrie- und Handelszeitung (Krieg von 439919 auf 722427, d. h. um 64%). Der Bekleidungskostenindex stieg um 82,4%. Die Ernährungsindex um 50,8%. Die stärkste Verteuerung erfuhr Heizung, Beleuchtung und die Verkehrskosten.

Marktberichte.

Die amtlich notierten Preise (in Tausenden Mark) waren an der Osterei Produktionsstätte pro 50 kg af Station: Weizen, märkischer 8500—8750. Abgeschwächt Roggen, märkischer 5250—5400, sächsischer 5000. Weizen, beste, Sommergerste märkische 7250—7500, Wintergerste 7000—7250. Weizen, bester, märkischer 6750 bis 7000, sächsischer 6500. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 31000—36000. Feinste Marken über Notiz bezahlt. Abgeschwächt, Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 20000—22000. Abgeschwächt, Weizenmehl und Roggenmehl frei Berlin 3750—4000. Weizen, Raps 8000—9000. Rapsstuden 6000. Kartoffelstuden 5500.

Persil bleibt Persil

das vollendete Waschmittel höchster Güte und Ergiebigkeit

Gebr. Lindertwagen zu verkaufen. Gumbel, Lindenstr. 23.

Kaufe Photoapparate, Prisma-Vergrößerer, Schreibmaschinen, Jagdwaffen, optische u. elektrische Apparate usw. Photograph Rittner, Mühlberg (Elbe).

Die heutige Nr. umfasst 10 Seiten. Hierzu Nr. 34 des „Erzähler an der Elbe“.

Heirat. Bildschöne Deutschschweizerin, 22 Jahre alt, ca. 300000 Schweizer Frs. Vermögen, wünscht sich mit Herrn, auch ohne Vermögen, zu verheiraten durch Frau Sander, Berlin C. 25.

Eine Wagn. wcht. sof. od. 1. September. W. Marie, Schänitz.

Haushmädchen. Junges befferes nicht mehr fortbildungsschulspflichtig, wegen Erkrankung des jetzigen für 15. September gesucht. Frau Aufschläger, Niesla, Bahnhofsstr. 28 (Dampfmagewerk C. F. Förster).

Verfäuferin. Fernende für gutes Modewaren-geschäft, nicht unt. 18 Jhr., aus besserer bürgerlicher Familie gesucht. Angebote erbeten unter Z T 694 an Tagebl. Niesla.

Stenotypistin. perfekt in Stenographie und Maschine gesucht. Bewerbungen m. Zeug-nissen erbeten. Elektrizitäts-verband Gröba.

1 Bedienung für Saal sofort gesucht. Reichshof Zeitbain.

Schmiedelehrling sofort oder später gesucht. Schmiede Mehlbeuer.

Schneiderlehrling gesucht für Otern 1924 bei Ewald Weber, Pauliner Straße 24.

Büdergefelle weicher Quat hat, sich in der Konditorei auszubilden, besgl. ein Mädchen für Hausarbeit 1. Septbr. gesucht. Konditorei u. Cafe Gönitz, Gröbitz b. Niesla.

Junger Kaufmann 20 Jahre alt, mit allen Büroarbeiten bestens vertraut, sucht baldigst Stellung. Getreidebranche bevorzugt. Werte Angeb. u. Z 8 693 an Tagebl. Niesla.

Die Zeitungs-Anzeige übertrifft an Schnelligkeit alle übrigen Reklamearten

Die Frau von Dr. med. Bauil. Mit 65 Abbildungen. Inh.: Der weibl. Körper, Periode, Ehe und Geschlechtstrieb, Schwangerschaft, Verhütung, und Unterbrechung der Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett, Prostitution, Geschlechts-Krankheiten, Beschleiss. Kart. 1960000, geb. 2660000 kreisleitend u. Porto. Versand Postl., Berlin-Tempelhof 76.

Tanzmeister für Sonntag gesucht. Wett. Hof.

Obst verpackung Montag 1 Uhr Wettinerstr. 20

Verfende wöchentlich mehrere Waggons Obst, Gemüse und Kartoffeln billig. Tagespreis. Curt Vollmar, Al.-Gaeleler, Str. Edmaritzberg.

Weißkalk empfiehlt Mikbach, Gläubitz.

Kartoffelstoden (Schweinemastfutter) hat abgegeben Hans Ludewig, Gröba.

Kräftige Bahnstiften kauft laufend Gebrüder Wallher & Jllgen Belenchtungskörper-Fabrik Wurzen i. Sa.

Gußbruch Altstifen Abbrüche Metalle übernehmen G. Cohne & Co., Dresden-Friedr. Fernsprecher: 12 348, 12 899 u. 13 048.

Zimm
Limmofun

Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

Wir suchen für kaufmännische und technische Angelegenheiten eine Anzahl

möbl. Zimmer für sofort und erbitten Angebote mit Preisangabe. Linke-Hofmann-Lauchhammer Aktiengesellschaft Werk Niesla.

Geschlechtsleidende!

Bildung ohne Quasidoktor, ohne giftige Einnahme, ohne Herabsetzung, wirkliche, Bruchstücke m. tamen, freiwillig, Dankeschreiben über 11 Mannschwestern (Anzahl), 21 Syphilis, 11 Mamma-schwäche, 41 Wundheilung, 11 Verwundung, 11 Bruchstücke ohne Anstreich, gegen Einsendung von Mk. 6000.— 112 Porto etc. Leiden genau angebou! Dr. med. H. S e e m a n n, G. n. b. H., Berlin 98, Lützmannstr. 22.

Automobil-Großhandlung

Ing. Rudolf Zöllner

Ständig größtes Lager fabrikneuer und wenig gebrauchter Personen- und Lastkraftwagen

Nur erste Fabrikate

Erfüllte. Reparaturwerkstätten mit allen modernsten Spezialmaschinen

Spezialität: Zylinder-schliffungen / Aluminiumschweißerei / Lager-schlifferei / Last- und Personenzwagen-Reparatur

Eigene Karosserie- und Kühlbauanstalt / Spezial. nahtlos geschweißte Aluminium-Karosserien / Auto-Sattlerei / Stellmacherei / Lackiererei

Autobereitungen aller Dimensionen — Autozubehör

Dresden-A.

Tel. 33310 Blumenstraße 54 Tel. 33919



Erst kürzlich sagte Professor Einstein. — nur Döbelner Baketschmiesersta macht die Wäsche rein.

Der Kanzler über die gegenwärtige Lage.

Der Reichskanzler Dr. Stresemann sprach gestern bei einem Frühstück, das der Deutsche Industrie- und Handelstag ihm zu Ehren gab und bei dem Geheimrat Duisberg in Vertretung des auf Urlaub befindlichen Präsidenten v. Mendelssohn Begrüßungsworte an ihn richtete, über die innere und äußere Lage. Er knüpfte an das Wort an, das er in seiner letzten Rede als Abgeordneter im Reichstage geprägt hatte, daß die eigene Sanierung im Innern zugleich die wirksamste außenpolitische Betätigung für Deutschland sei, und wies auf die einschneidenden Maßnahmen hin, die die jetzige Regierung zur Schaffung eines Devisenfonds, zur Schaffung werbefähiger Zahlungsmittel und zur Sanierung der Reichsfinanzen eingeleitet habe. Er wies eingehend den Vorwurf zurück, daß Deutschland selbst den Währungsverfall herbeigeführt habe. Er würde den Staatsmann, der absichtlich eine solche Politik getrieben hätte, für den größten Verbrecher an eigenen Volk ansehen. Die Reichsregierung scheue nicht vor einem scharfen Eingriff in die Vermögenssubstantia zurück, und sie vertraue darauf, daß die Wirtschaftsfreiheit, vor deren Vertretern er spreche, nicht nur aus Freundschaft, sondern aus eigener Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen daran mitwirken werden.

die außenpolitische Lage

Über die französische Ministerpräsidenten habe die Ruhrbefreiung damit begründet, daß sie notwendig gewesen sei, um Deutschland zu zwingen, die Verpflichtungen zu erfüllen, denen es sich bisher absichtlich entzogen habe. Er verlege es sich, an dieser Stelle auf die Vergangenheit im einzelnen einzugehen, so verführerisch es gerade vom deutschen Standpunkt aus wäre, auch die Frage von Recht und Schuld nochmals zu erörtern, nachdem sie in der Note der britischen Regierung eine so bedeutende und durchschlagende Würdigung gefunden habe. Die Fragen von Schuld und Recht werde das deutsche Volk dem Urteil unparteilicher Schlichter überlassen, die sich in diesen Fragen es diesem Urteilsspruch ruhig entgegenstellen lasse. Auf dem Gebiete der bisherigen Reparationsleistungen Deutschlands habe gerade kürzlich eine unparteiische Untersuchung Deutschland die Benutzung gebracht, daß seine bisherigen Leistungen wesentlich höher bewertet werden als die Entschädigungen der Reparationskommission. Das Institute of Economics in Washington habe nach eingehender Prüfung der deutschen Leistungen sich auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand bis zum 30. September 1922 mindestens 25 bis 26 Milliarden Goldmark in greifbaren Werten geliefert hat und daß das deutsche Verlangen auf Zahlung noch weiterer erheblicher Posten zu Gunsten Deutschlands unabweislich gerechtfertigt ist. Die deutsche Regierung selbst besitze die deutschen Vermögensleistungen auf Grund sorgfältiger und eingehender Untersuchungen auf über 42 Milliarden Goldmark.

Was die Welt von Staatsmännern erwartet, ist nicht unerschütterliche Polemik über vergangene Zeiten, sondern in der Zukunft der ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen gestattet, der anstelle des Währungschaos und wieder zu den ungeheuren Schäden des Welthandels zurückführt, auf denen sich ein Teil der Wirtschaftsverkehr der Welt aufbaute. Höchst beachtenswerte Gedanken, die Aussicht haben, eine solche praktische Lösung zu eröffnen, finden wir in der letzten amtlichen Veröffentlichung der britischen Regierung. Auch der französische Ministerpräsident hat in Charlesville eine praktische Lösung als Ziel seiner Politik bezeichnet. Der Weg, auf dem er diese praktische Lösung zu finden versucht, geht dahin, daß er positive Pfänder für das Fehlen deutscher Reparationsleistungen beansprucht. Als solche positiven Pfänder bezeichnet die französische Regierung in ihren Instruktionen an ihre Botschafter in London und Brüssel vom 10. und 12. Juli einmal die Garantie der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Wirtschaft und ferner die Inanspruchnahme der deutschen Zölle. Soweit der Grundsat in Betracht kommt, eine wirksame Garantie für künftige deutsche Leistungen zu geben, ist die Inanspruchnahme des deutschen Reichsbesitzes und der deutschen Wirtschaft aus dem Memorandum der deutschen Reichsregierung vom 7. Juni d. J. zum Ausdruck gebracht, jenem Vorschlag der deutschen Regierung, der zu unermesslichen Bedauern bis heute keine Antwort von Seiten der Alliierten oder einer alliierten Macht gefunden hat.

Wir sind uns bemüht, mit diesem Memorandum eine grundsätzliche Entscheidung getroffen zu haben, die deshalb als äußerste Kraftanstrengung des deutschen Volkes bezeichnet werden muß, weil sie, über die Einnahme des Verkaufes der Reparationsleistungen hinaus, die uns verbliebene Kraftquelle auch der privaten deutschen Wirtschaft unmittelbar in den Dienst der Garantie der deutschen künftigen Leistungen hineinsieht. Gerade von der französischen Regierung ist auf die Bedeutung der deutschen Wirtschaft vielfach hingewiesen worden. Wir lesen in dem französischen Geldbuch davon, daß der wahre Reichtum Deutschlands nicht gerührt sei, daß seine wirklichen Hilfsquellen und Steuerkraft, die in seiner Wirtschaft lägen, unberührt für die Zukunft vorhanden seien.

Sie wissen ebenso wie ich, daß hier eine Übererschätzung der deutschen Wirtschaftskraft vorliegt; Sie wissen ferner, daß die angeblichen großen Gewinne der deutschen Wirtschaft, wie die Vergütung unserer Aktiengesellschaften ausweist, vielfach so lächerlich gering sind, daß beinahe die letzte Zahrschuld der Deutschen Bank nicht den Wert einer Straßenbahnfahrt in Berlin ausmacht. Aber wofür, wenn in dieser deutschen Wirtschaft, was ich nicht bekreite, Möglichkeiten einer Zukunftsentwicklung liegen, so bedarf es für die Alliierten nur des Eingehens auf die Grundzüge des Memorandums der deutschen Regierung, um mit uns gemeinsam einen Weg zu finden, der diese letzte und verbliebene Kraftquelle zum Träger der Garantie deutscher Verpflichtungen macht.

Die jetzige Regierung hält an dem Angebot der vorigen Regierung fest. Für die Freiheit des deutschen Bodens, für die Bewahrung unserer Souveränität, für die Konsolidierung unserer Verhältnisse sieht sie das Opfer als nicht zu hoch an, einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten. Wenn die französische Regierung aufrichtig von dem Gedanken ausgeht, positive Pfänder für die deutschen Lieferungen nach Ablauf eines Moratoriums zu erhalten, so könnte sie wohl einen Weg zur Verständigung mit uns finden. Aber dieser Weg darf nicht über die Differenzierung zwischen Rhein und Ruhr einerseits und Deutsches Reich andererseits gehen.

Die wenn auch nur vorübergehende Verpfändung des Ruhrgebietes selbst, die Übertragung der rheinischen Bahnen, die Übertragung einzelner Bergwerke und Bestände an Rhein und Ruhr, wie sie in den Dokumenten 23 und 25 des französischen Geldbuches in die Debatte geworfen sind, kann von uns nicht als Grundlage der Lösung der Reparationsfrage betrachtet werden. Diese speziell auf das Rhein-

land und das Ruhrgebiet abgeleitete Reparationslösung würde zugleich alle die politischen Fragen auf, die sich in der Lösung des Ruhrgebietes und die sich in der Rheinlandfrage für die internationalen Beziehungen der Völker ergeben. Für uns in Deutschland gibt es keine Rheinlandfrage, die international zu lösen wäre. Die Rheinländer haben im Rahmen der deutschen Reichsverfassung das Recht, selbständig darüber zu entscheiden, in welcher Form sie innerhalb des Deutschen Reiches ihr Leben zu führen gedenken, und die zur Stunde liegen uns nur die Erklärungen familiärer deutscher Parteien im Rheinlande vor, daß sie nicht den Wunsch haben, in ihrem Treueverhältnis zum Reich und Preußen, das geschichtlich in ihrer inneren Einstellung begründet ist, das geringste zu ändern.

Frage wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit können Fragen der Verhandlungen, können Fragen von Kompromissen sein, die Frage des deutschen Rheinlandes ist aber für uns keine Frage des Kompromisses, sie ist für uns die Lebensfrage, in der es für jeden Deutschen, der diesen Raum verdient, oder für jede deutsche Partei nur ein Ziel gibt: den deutschen Rhein innerhalb des Deutschen Reiches.

Wir akzeptieren mit Genugtuung die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten in den Dokumenten der französischen Regierung, daß er weder politische Ziele verfolgen noch anexionistische Gedanken hege. Mit dieser Erklärung sind aber die vorgeschlagenen Lösungen nicht vereinbar, inwieweit sie tatsächlich wirtschaftlich und politisch Rhein und Ruhr einer Sonderbehandlung unterwerfen und somit den Weg zu einer praktischen Lösung, die Deutschland akzeptieren kann, veripieren. Erst wenn die politischen Gesichtspunkte gegenüber den wirtschaftlichen Vermögensmöglichkeiten zurückgetreten sind, an denen das Reich mit der Gesamtheit seiner Wirtschaftskraft teilnehmen kann, wird der Weg für eine praktische Lösung offen. Es wäre politischer Willkürismus, wenn die deutsche Regierung ihre Politik auf die Entwertung der Alliierten einstellen wollte. Deutschland kann nur hoffen, daß innerhalb einer gemeinsamen Verständigung der Alliierten unter sich und mit Deutschland ein Weg gefunden wird, der die berechtigten Ansprüche der Gläubigerstaaten mit Bewahrung deutscher Entwicklungsmöglichkeiten vereinigt, die auch dem deutschen Volk das Recht auf Lebensfähigkeit, das der französische Ministerpräsident für Frankreich in Anspruch nimmt.

Der Reichskanzler schloß mit einem Hinweis auf die notwendige Solidarität der Völker. Durch die Völker geht gerade im Verfolg des Krieges und der Revolution heute die größte Bewegung auf politischem, sozialem und weltlichem Gebiet. Die Völker, die in den Völkern lebt, hat ihren Nährboden in der Unfreiheit aller Weltverhältnisse. Wenn es eine Gemeinsamkeit des Völkergedankens gibt, so möchte sie wohl darin bestehen, die Welt vor neuen Erschütterungen zu bewahren und ihr bestmögliche Konsolidierung zu verschaffen, die allen ein Leben und Miteinanderwirken der Nationen gewährleistet. Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk, wenn wir zum Ausdruck bringen, daß durch dieses deutsche Volk ein tiefes Sehnen geht nach Frieden, Freiheit und Ordnung zu kommen. Wir tun jetzt das Beste, bei uns selbst die Grundlagen dazu zu schaffen. Möge der Ruf an die Staatsmänner, die mächtiger sind als wir, um diesen Verhältnissen auf der ganzen Welt wieder die alte Bedeutung zu verschaffen, nicht ungehört verhallen. Denn die Lösung der dringenden Fragen, um die es sich jetzt handelt, geht schließlich nicht nur uns an, sie schließt nicht mehr und nichts weniger in sich als die Aufrechterhaltung der Autonomiegemeinschaft der Völker; sie endet für Europa in der Entscheidung zwischen Frieden, Wohlfahrt und Göttingung oder Niedergang und Chaos.

In seiner letzten großen Rede richtete der Reichskanzler die Bekämpfung der werbefähigen Löhne und Gehälter, die beide geschaffen werden müßten, an die Vertreter von Handel und Industrie die dringende Bitte, sie zeitlang lieber von Vorräten zu leben, als mit Anstrengungen an die Regierung heranzutreten, die nicht erfüllt werden könnten. Die werbefähigen Löhne der Arbeiter werden auf der Grundlage des schwer um seine Existenz ringenden Deutschlands festgesetzt werden müssen. Die Instruktion des Währungsverfalls erinnerte der Reichskanzler daran, daß heute zur Beschaffung einer kleinen Goldsumme für den Lebensmittelpport Aufwendungen der ganzen deutschen Wirtschaft gemacht werden müssen, während früher eine einzige Bank hienieden diese Kredite erzielte. Wenn ein greifbarer Erfolg erlangt werden sollte, so würde das Reich über volle Souveränität verfügen. Zur Voraussetzung des Staatsbegriffes gehöre mindestens der Bereich sicherer Grenzen, die Deutschland heute nicht hat.

Unter Bezugnahme auf die Lieferung von Rohle, Kohle, chemischen Produkten usw. fragte der Kanzler, wie Frankreich, das heute unter dem Ausbleiben der deutschen Rohstoffe leide, es so hinkriegen könne, als ob nicht große Anstrengungen tatsächlich gemacht worden wären, die das größte Hindernis, was überhaupt jemals ein Volk nach einem verlorenen Kriege seinen Gegnern darbieten habe. Dr. Stresemann zog dabei einen Vergleich zwischen dem hierarchischen England und dem besiegten Deutschland. England habe seine Verpflichtungen gegenüber Amerika, die weit geringere seien als die Deutschlands, auf 62 Jahre bei ganz geringer Verzinsung verteilen müssen. Das durch den Verlust Oberschlesiens, der Saar, Elsaß usw. geschwächte Deutschland kann nicht leisten, was das wirtschaftlich stärkste Volk der Welt für sich selbst für unmöglich erachtet. Wenn man Deutschland, wie dies bei Oesterreich geschehen ist, von der Befreiung befreit, wenn man ihm internationale Goldkredite zur Verfügung stellt und alle anderen Oesterreich gewährten Leistungen zugestehet, dann wird auch das deutsche Waboot in Ordnung kommen.

Der Reichskanzler berührte auch noch die Haltung der Vereinigten Staaten, die nach ihrem entscheidenden Wirken am Riege auch die Verpflichtung haben, an der Herbeiführung eines endgültigen Friedens mitzuwirken. Er wies schließlich auf die Länder mit hochstehender Wababab hin, die ebenso wie Deutschland darunter leiden, daß ein der wichtigsten Kräfte der industriellen Wirtschaftproduktion stillgelegt ist.

Bei dem Frühstück, das der Deutsche Industrie- und Handelstag zu Ehren des Reichskanzlers, des Reichsfinanzministers und des Reichswirtschaftsministers gab, hielt in Vertretung des auf Urlaub befindlichen Präsidenten v. Mendelssohn Geheimrat Dr. Duisberg-Bergmann die Begrüßungsworte. Er führte aus, der Deutsche Industrie- und Handelstag sehe in dem neuen Kabinett eine große Koalition, das sich so schnell habe bilden müssen, das verwickelt, was er eigentlich von vornherein bei Beginn des uns aufgewungenen Ruhrkampfes gewünscht hätte, nämlich, daß alle Mann an Deck gerufen worden wären. Weiter hob der Redner hervor, daß gerade die Vertreter der freien Wirtschaft sich jedoch gezwungen gesehen hätten, die Regierung darauf hinzuweisen, daß es bei der Devisenlösung nicht um die Freiwilligkeit gegan sei, daß hier staatlicher Zwang einleiten müsse. Eine solche Forderung

des Reichsbesitzes sei nur möglich, wenn seine Maßnahmen in Ordnung seien. Strogen, Kall, Rohle usw. seien oder nicht geeignet, als Kompens zu dienen. Für die ganze Wirtschaft müsse wieder das Geld als alleiniger Kompens eingeführt werden.

Sinkende Aufnahme in der Berliner Presse.

Berlin, 25. August. Sämtliche Blätter sind sich darin einig, daß die gestrige Rede des Reichskanzlers einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege zu einer Lösung der Reparationsfrage bedeutet. Wenn auch deutsche nationale Zeitungen eine gewisse Skepsis hinsichtlich eines Erfolges der Bemühungen Dr. Stresemanns, mit den Alliierten zu einer Verständigung in der Reparationsfrage zu gelangen, zeigen, so erklären sie sich doch im großen und ganzen mit den Ausführungen des Kanzlers einverstanden. Die Kreuzzeitung und die Deutsche Tageszeitung vermissen in der Rede jedoch eine Klarheit über die Frage des passiven Widerstandes und die Räumungsfrage und erklären, es wäre besser gewesen, wenn der Kanzler nochmals betont hätte, daß um den Preis der Aufgabe des passiven Widerstandes die Aufnahme von Verhandlungen nicht möglich sei.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung bezeichnet die Rede als besonders großen Fortschritt, weil sie vor aller Welt klar die Differenzpunkte gezeigt habe, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehen.

Die Volkliche Zeitung nennt die Rede ein Ereignis von dem größten Bedeutung ausgeben können. Durch die Erklärungen des Kanzlers sei eine Verständigungsgrundlage geschaffen, die tragfähig sei, und die nur dann zusammenbrechen, wenn die Gegner dem deutschen Volke vorzuziehen wollten, im Preis äußerster Anspannung seiner Kräfte bereinigt den Weg der Erlösung Freiheit zu geben.

Das Tageblatt hebt hervor, daß mit dem Angebot eines Teiles der deutschen Wirtschaft als produktive Pfänder für die deutschen Reparationsverpflichtungen weit über die Bestimmungen des Vertrages von Versailles hinausgegangen werde, denn der Friedensvertrag sehe als Pfänder nur das Staatsvermögen vor, während hier in gewissem Umfang auch das Privatvermögen angeboten werde.

Der Vorwärts schreibt: Man hat die gegenwärtige deutsche Regierung als letzte Karte im Spiel Deutschland bezeichnet. Sie ist auch die letzte Karte im Spiele Europa. Sie hat den Willen, zu einer ehrlichen Verständigung mit Frankreich zu gelangen. Wenn jetzt kein Weg zur Verständigung gefunden wird, so ist nicht abzusehen, durch welche Mittel und Weisen die Völker noch zu geben haben werden, Deutschland hat gesprochen, Frankreich hat das Wort.

Stresemanns Friedensrede.

Die Regierung Stresemanns berufen, ein Schicksal zu vollziehen, erhebt wieder den Anspruch, daß sie in der Lage, grundsätzliche neue Gedanken oder einen umfänglichen Willen den Dingen aufzuzwingen; niemals waren die Vorläufe zwanghafter, die Gegebenheiten mächtiger. Aufgabe dieses Kabinetts ist es, Möglichkeiten wahrzunehmen. Poincarés Charlesville Rede und der Inhalt des französischen Geldbuches haben eine dieser Möglichkeiten gegeben; wobei das Wort „Wirtschaft“ auf seinen englischen Sinn begrenzt werden mußte. Es handelt sich nicht um mehr als um eine diplomatische Handhabung; die sehr bedeutende Bedeutung, daß nach dem letzten Wort gesprochen, der Weg zum Verhandeln nicht unbedingt abgebrochen ist. Frankreich, bei aller Ueberreiztheit seines politischen Willens, braucht Geld; und das ist wieder ohne Verständigung mit England noch ohne Verständigung mit Deutschland zu haben. Nur mit englischer Hilfe können die Milliarden baren Geldes beschafft und die Schuldenmilliarden abgebaut werden; nur durch die Sicherheiten, die Deutschlands Wirtschaftskraft anbietet, gewinnt die französische Unterzeichnung auf Anleihe- oder Schuldentragungsbedingungen den erforderlichen Wert; nur wenn Frankreich dem deutschen Wirtschaftsförder Freiheit und Ruhe verleiht, wird das Reich in den Grenzen des heute noch Möglichen leistungsfähig.

Diese dreifache Verflechtung und der Ausdruck, den sie sichtbar in den englischen Schriftsätzen andeutungslos selbst in den französischen Land, hat dem deutschen Reichskanzler die Handhabung gegeben, den deutschen Verständigungswillen gegenständlicher, als es den Vorgängern möglich war, darzulegen. Die Rede, die Stresemann beim Frühstück des Deutschen Industrie- und Handelstages gehalten hat, ist eine unmittelbare Antwort an Poincaré. Da der Kanzler zu Wirtschaftlern und daher über eine Lösung durch wirtschaftliche Vereinbarungen sprach, hatte er dem Vorteil, Fragen wie die des passiven Widerstandes oder des Räumungsstempes einstweilen übergehen zu können. Denn sobald auch nur die mindeste Aussicht vorhanden ist, sich über geldliche Voraussetzungen des Friedens zu einigen, muß auch die Liquidation der Kampfmittel möglich sein. Auch ein neues Angebot zu machen, konnte der Kanzler sich vertragen; es genügt, daß er den Willen bekundet, dem deutschen Wirtschaftsangebot vom 7. Juni möglichst den größtmöglichen Inhalt zu geben, und daß er, diesmal im Namen eines großen Parteienbundes spricht. Wenn Poincaré nachdrücklich betonte, daß Uneingebundenheit ihm fern lägen, so hält ihn die deutsche Regierung „mit Genugtuung“ beim Wort; sagt aber hinzu, daß eine solche Erklärung, wenn sie ihren Sinn behält, unvereinbar ist mit dem Versuch, zwischen dem Rhein- und Ruhrgebiet einerseits, dem übrigen Deutschland andererseits politisch und wirtschaftlich zu untercheiden. Für die Reparationen, so hoch unparteiliches Urteil die Zahlen ansetzen mag, bürgt die Gesamtheit der deutschen Wirtschaft — aber nur als solche. Politisch muß Deutschland frei und gesichert bleiben. Alle anderen Fragen sind lösbar.

Zur französischen Antwort.

Vorläufig keine englische Neuherung.

Das neuterische Büro erfährt, daß keinerlei neuer britischer diplomatischer Schritt in der Reparationsfrage während der nächsten zwei Wochen erwartet werden könne. In der Zwischenzeit werde die Prüfung der Note Poincarés fortgesetzt werden, und Baldwin werde während seines Aufenthaltes in Frankreich zweifellos mit Curson in Verbindung treten und mit ihm den Bericht der britischen Sachverständigen über die französischen Argumente erörtern. Obwohl nicht Endgültiges vereinbart sei, sei es wahrscheinlich, daß Baldwin mit Poincaré auf seinem Heimwege in Aix les Bains zu etwa zwei Wochen zu einer informellen Unterredung zusammenzutreffen werde. Bis dahin werde die französische Note gründlich durchgearbeitet und es werde möglich sein, zu sagen, ob durch die Abhaltung einer formellen interalliierten Konferenz irgend welche fruchtbareren Ergebnisse erreicht werden könnten. Keine formelle, oder ins Einzelne gehende Antwort könne erwartet werden, bevor Baldwin nach England zurückgekehrt sei, wofür eine solche Antwort überhaupt zu erwarten sei.

Die englischen Sozialisten gegen Poincarés Antwort. In London. In der gemeinsamen Sitzung des Generalrates des Gewerkschaftskongresses und des Nationalen Kongresses der Sozialistischen Partei in London, in der

Der Bericht des Parlamentsmitgliedes Tom Shaw über die Lage im Ruhrgebiet erwogen wurde, gelangte eine Entschiedenheit zur Annahme, in der viel bedauert wird, die Erklärung der französischen Regierung, daß sie die Absicht habe, die militärische Besetzung des Ruhrgebietes fortzusetzen, in der ferneren Verweisung des Vorschlages einer unparteiischen Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und ihrer Weigerung bedauert wird, einer endgültigen Festschließung des Gesamtbudgetes der Reparationen, die Deutschland zahlen soll, zuzustimmen. In der Entscheidung heißt es: Wir appellieren besonders an die französischen Arbeiter und an die sozialistische Bewegung, mit ihrer Macht auf die Annahme einer verständlicheren Haltung der französischen Regierung und des französischen Volkes zu dringen, um die Differenzen bezüglich des Reparationsproblems durch Verhandlungen beizulegen. Die Entscheidung fährt fort: Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Bewohner des Ruhrgebietes ihre Regierung bei jeder vernünftigen Regelung der ausstehenden Fragen unterstützen würden, vorausgesetzt, daß sie als freie Männer und Frauen behandelt werden, und daß die Bedrückung mit militärischer Bedrückung aufhört. Wir sind überzeugt, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet nicht auf Anweisung von Berlin zurückzuführen ist, sondern die spontane Kundgebung eines Volkes ist, das sich weigert, den Diktator der bewaffneten Macht zu gehorchen. Die Entscheidung fordert die britische Regierung auf, energisch bei ihren Bemühungen zur Wiedereröffnung von Verhandlungen zum Zwecke der Durchführung einer Regelung zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien zu verharren.

Italien ist belagert.

Man kann kaum zu wissen, daß Mussolini seinen Botschafter in Paris angewiesen hat, nachträglich Einwände gegen die letzte Antwort Poincarés auf die englische Note zu formulieren. Man verübte es dem französischen Ministerpräsidenten, in seinem Vorschlag, die Eisenbahnen, Grenz- und Zollhäfen des Rheins unter alliierter Kontrolle zu stellen, nicht die Italiener mit genannt zu haben.

Aus dem besetzten Gebiet.

Abermals verschärfte Bestimmungen.

Den bestehenden Bestimmungen über die Beschlagnahme der Braunkohle und die Unterbindung der Kohlentransporte haben die Besatzungsbehörden jetzt die Verordnung mit folgenden Änderungen darstellt. Die neue Verfügung erklärt Kohle, Holz und Holzprodukte schon gleich vor der Förderung bezüglich der Verteilung für beschlagnahmt. Die Verfügung unterliegt noch einmal die Verwendung von Kohlen und Holz zu Hausbrandzwecken.

Neue Sanktionen über Duer.

Wegen des am 21. August verübten Attentats auf einen Wachposten, der auf der Hecke „Duro“ Posten stand, hat die besatzungsmäßige Behörde neue Sanktionen über Duer verhängt. Die bisherige Strafsperre ist bis zum Gemeindegort Duer ausgedehnt worden. Die Einwohner, welche in diesem Bezirk wohnen, dürfen die Straße von 8 Uhr abends bis 5 Uhr früh nicht betreten. Der Straßenbahnverkehr zwischen Duer und Duer ist verboten. Der Eisenbahnverkehr nach Duer-Süd ist unterbunden. Die Eisenbahn darf in Duer-Süd nicht halten.

Strafen in Goldmark verhängt.

In der letzten Sitzung des französischen Militär-Polizerrichts wurden auf Grund einer Verordnung der Obersten Besatzungsbehörde zum ersten Mal Geldstrafen in Goldmark verhängt. Zwei Kraftwagenführer, die aus Mitleid mit Privatpersonen mitgenommen hatten, wurden zu je zwei Gold-

mark verurteilt, den Kraftmotor zu drei Millionen gerechnet; ein anderer Kraftwagenführer, der wegen Verkehres gegen die Kraftwagenverordnung angeklagt war und sich noch rechtzeitig ins unbesetzte Gebiet geflüchtet hatte, wurde in Abwesenheit zu einem Jahr Gefängnis und zehn Goldmark verurteilt.

Vorübergehende Aufhebung der Verkehrsperze.

Nach einem Anschlag an den Grenzbahnhofen beabsichtigen die Franzosen, die Verkehrsperze für den 24. und 25. August für die Eins- und Ausreise aufzuheben, um ab 27. August die verschärfte Verkehrsperze einziehen zu lassen.

Der Milliardenraub wird fortgesetzt.

Western vorwiegend erschienenen französische Kriminalbeamte in einer Rillale der holländischen Sparkasse in Bochum und verlangten die Herausgabe von 10 Milliarden. Als die Forderung abgelehnt wurde, wurde der Leiter der Rillale, Derrweg, verhaftet und abgeführt. Dann wurde die in der Sparkasse vorliegende Summe von mehreren Milliarden weggenommen. Darauf fuhren die Franzosen zur Sparkasse der holländischen Sparkasse und eigneten sich dort den Betrag von 10,5 Milliarden an.

Ein offenes Wort an die Beamten.

H. Leipzig. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten einen Leitartikel, der entschlossen die Stimme in eine böse Stunde unserer Volksgemeinschaft legt: in die nie zu stillende Begehrtheit und Unzufriedenheit eines Teiles unseres Beamtenums, sowie in das Minderheitsverhältnis des durch Nachgeben von Reich, Staat und Gemeinden zwischen die Entlohnung der Beamten und nichtbeamten arbeitenden Menschen getreten ist. Das Blatt hatte in einem vorherigen Artikel den Satz gebracht: „In den bestbezahlten Wirtschaftsklassen gehören heute die Reichs- und Staatsarbeiter“. Dieser Satz hat dem Blatt eine Reihe von Zuschriften aus höheren und niederen Beamtenkreisen, vorwiegend aber von der Post, eingetragen, die, zum Teil in erregten Ausdrücken, dagegen Einspruch erheben, daß man sie zu den „bestbezahlten Wirtschaftsklassen“ zähle. Das Blatt erweitert diesen Einspruch u. a.:

„Warnen wollten wir u. a. auch die Beamten vor dem gefährlichen Irrtum, als könnte eine einzelne Wirtschaftsklasse auf die Dauer von der Staatsgewalt bessere Lebensbedingungen erzwingen, als der allgemeinen Lebenshaltung des Volkes entsprechen. Und wenn Beamte unter Berücksichtigung der allgemeinen Lebenshaltung es nicht Wort haben wollen, daß sie, unter der Masse der vom Arbeitsertrag Lebenden, heute eine begünstigte Stellung einnehmen, dann haben sie keine Ahnung davon, wie es in den freien Berufen und in anderen Schichten des Mittelstandes aussieht. Neben mit den Beamten etwa auf gleicher Stufe ständen. Wollten diese Schichten ihr Arbeitsentkommen von heute einer Milliarde Papiermark und mehr zum Vergleich machen, sie hätten wohl mehr Grund zur Klage. Denn daß sie den penionsberechtigten Beamten voraus waren, war volkswirtschaftlich begründet eben in dem Mangel einer Alters- und Unterbreitungsversicherung. In diesen Schichten aber gibt es Millionen und Abermillionen, die trotz allem, wenn sie, auch ohne diese Versicherung, das Einkommen der Beamtenklasse erreichen, die ihnen an Vorbildung und Berufs-jahren gleichstehen. Auch das ist eine harte Tatsache, die man nicht dadurch aus der Welt schafft, daß man den, der vor ihnen unausbleiblichen Folgenwirkungen besessen warnt, der „Beamtenfeindschaft“ bezichtigt. Ein Staat, der mehr Schulden als Vermögen hat, der mehr Güter einführt, als er durch Ausfuhr bezahlen kann, kann für seine Beamtenklasse keine höhere Stufe der Lebenshaltung er-

statten, als die Mehrheit der Bürger einnimmt, von deren Steuern der Beamte befreit werden soll. Bestrebt der Staat es dennoch, so wird er bald genug wieder zur Befolgung mit kopierten Scheinwerten übergehen, neue Leertüren erzeugen, die allgemeine Lebenshaltung, einschließlich der Beamten, verschlechtern müssen. So also geht es nicht. Es geht nur auf dem umgekehrten Wege: Hebung der allgemeinen Lebenshaltung durch Steigerung der Gütererzeugung. Toll dies bei unserm geschwächten Wirtschaftsförderung überhaupt gelingen, so wird ihr ein Abbau des Beamtenkörpers entgegenkommen müssen. Nur wenn die Gesamtzahl der Beamten bis an die äußerste Grenze des Notwendigen herabgedrückt wird, kann dem einzelnen Beamten eine Höhe der Lebenshaltung dauernd gesichert werden, wie sie im Allgemeinbestehen des Wirtschaftsförderung begründet ist. Alles andere, was durch gewerkschaftlichen Druck einer schwachen Staatsgewalt abgerungen wird, ruht auf volkswirtschaftlich ungeheuerem Grund.“

Prozeß

wegen Ermordung des Studenten Bauw.

Die Vernehmung der weiteren Zeugen diente zur Klärung der bereits erörterten Fragen. Der Zeuge Student Krumm, München, bezeugt, daß Bauw und Jwengauer bei Dr. Ruge Privatsekretäre waren. Ueber die Vorklänge zur Gründung einer Arbeitsgruppe zur Beseitigung militärischer Personen sagt der Zeuge, daß der politische Kopf, der diejenigen, die umgebracht werden sollten zu benennen hatte, Dr. Ruge sein sollte. Die aus dem Fuchsprözeß bekannten Zeugen Schaefer und Dug sagen nichts wesentlich Neues aus. Dug erklärt, Dr. Ruge habe ihm den Plan seiner Tötung zweimal dargelegt. Dr. Ruge nannte damals als Zeuge, die zu beseitigen wären Dr. Helm, Dietrich und Garbat. Von weiteren Zeugen wird der Angeklagte Jwengauer als guter und anständiger Mensch bezeichnet. Der Vater Jwengauer, Hauptlehrer Anton Jwengauer, sagt als Zeuge aus, er sei zu der Ansicht gekommen, daß wenn sein Sohn wirklich der Täter sei, ein früherer Einfluß derart stark gewesen sein müsse, daß er bei der Verübung des Verbrechens sich der Tragweite der Tat nicht bewußt war. Der ärztliche Sachverständige Landgerichtsarzt Dr. Vogler sagt das Gutachten über Jwengauer dahin zusammen, daß sich Jwengauer bei Verübung der Tat weder in einer krankhaften Störung der Geistestätigkeit noch in einem Zustand der Bewußtlosigkeit befunden habe. Er bezeichnete Jwengauer als weichen, in Denken und Fühlen leicht bestimmbaren Menschen. Der Angeklagte Dr. Ruge wird von dem Sachverständigen als hochbegabter Mensch mit unbeeinträchtigter Gerechtigkeitsphantasie und als fanatische Kampfmutter bezeichnet. Es wurde sachverständig festgestellt, daß er sich im herabgeminderten Ernährungszustand befand.

Im Prozeß Bauw beauftragte der Staatsanwalt gegen Johann Berger, Hans Berger und Jwengauer die Todesstrafe, gegen Dr. Ruge, wegen Aufzögerung zum Tode, ein Jahr Gefängnis, die gesetzliche Höchststrafe. Das Urteil wird am Montag nachmittag 5 Uhr verkündet werden.

Lohnregelung für Reichsarbeiter.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter wurden gestern beendet. Für die Woche vom 12. bis 19. August werden auf die Löhne der laufenden Woche noch 30 Prozent gewährt, außerdem sollen 10 Prozent des Lohnes der laufenden Woche am nächsten Dienstag für die laufende Woche nachgezahlt werden. Die Löhne für die Zeit vom 26. August bis 1. September werden am Dienstag, den 28. August, vereinbart werden.

Die Deutsche Volksanleihe

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches.

Die durch die Ungunst der außenpolitischen Lage der deutschen Währung zugefügte Schädigung hat die Ausgabe eines besonders wertvollen Reichspapiers — der Wertbeständigen Anleihe — erforderlich gemacht. Damit ist jedermann die Möglichkeit gegeben, sein Vermögen und Einkommen, vorübergehend oder dauernd, wertbeständig, vorteilhaft und sicher anzulegen.

Die Anleihe ist wertbeständig, denn sowohl die Bezahlung der Rinsen wie die Rückzahlung des Kapitals erfolgt auf Basis des Dollarkurses. Die Anleihe ist eine Volksanleihe, denn die kleinen Stücke ermöglichen es weiten Kreisen der Bevölkerung, ihre Ersparnisse durch Anlage in dieser Anleihe zu sichern.

Dem Charakter dieser Anleihe als Sparanleihe entspricht es insbesondere, daß die Rinsen der kleinen Stücke bei Fälligkeit der Anleihe insgesamt in Form eines Zuschlages von 70%, zurückgezahlt werden. Es steht zu erwarten, daß sich die kleinen Stücke infolge dieser Ausstattung besonders leicht im Verkehr einbürgern werden. Der Umsatz in dieser Anleihe wird aber namentlich dadurch erleichtert, daß sie von der Einkommensteuer befreit ist.

Wer also Einkünfte und Vertriebsmittel in dieser Anleihe vorübergehend anlegen will, braucht nicht zu befürchten, daß ihm beim Verkauf besondere Verluste entstehen. Aber auch als dauernde Kapitalanlage ist die Anleihe außerordentlich geeignet, nicht nur wegen ihrer Wertbeständigkeit, sondern auch wegen der Befreiung von der Erbschaftsteuer für den Selbsteigener.

Die Anlage ist ein sicheres Anlagenspapier, denn Rinsen und Rückzahlung sind reichsrechtlich sichergestellt durch das Vermögen der gesamten deutschen Wirtschaft: Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft, sowie eines jeden, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt.

Die Zeichnung auf die Anleihe kann in Mark (100%) sowie in Devisen und Dollarsparungen (95%) erfolgen. Die Anleihe besitzt demnach alle Eigenschaften, die ein erstklassiges Anlagenspapier haben muß: vorzügliche Ausstattung und Sicherheit sowie leichte Veräußerlichkeit von Hand zu Hand. Namentlich durch ihre Wertbeständigkeit und ihre Befreiung von der Erbschaftsteuer ist sie geeignet, den dem deutschen Volke inwohnenden Spartrieb wieder zu beleben.

Daß die Anleihe auch ein wichtiges Glied in der Reihe der Maßnahmen ist, welche dazu dienen sollen, eine Gesundung der Wirtschaft, der Währung und der Finanzen herbeizuführen, bedarf nicht der Erwähnung. Wer sie zeichnet, sichert sich nicht nur die denkbar beste Anlage seiner flüssigen Gelder, sondern er nützt auch dem großen Ganzen, indem er Bauknechte zum Wiederaufbau heranträgt!

- | | | | | |
|---|--|--|--|---|
| Der Präsident des Reichstags
Lobe | Deutscher Handwerks- und Gewerbetag
H. Plate, Dr. Wenzig | Verband deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten
Fuchs, Staatssekretär z. Z. | Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände (G. V.)
Dr. Gorge, Dr. Reiffinger | Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (G. V.)
Johannsen, Gennes |
| Deutschnationale Volkspartei
Dregt | Deutscher Städtetag
Boch, Oberbürgermeister | Deutscher Zentral-Gewerband
Dr. Reiner, Fuchs | Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Leipart | Generalverband der deutschen Arbeiter-Genossenschaften
Dr. Seelmann |
| Deutsche Volkspartei
Dr. Schulz, Reichsminister a. D. | Reichsverband der Deutschen Industrie
Dr. Gorge, Dr. Wülfel | Deutscher Sparkassenverband
Jurisch | Deutscher Gewerkschaftsbund
Stegemold | Deutscher Genossenschaftsverband (G. V.)
Rochhaus, W. d. R. |
| Deutsche Demokratische Partei
Dr. Petersen | Banken-Rund
Dr. S. Fischer, W. d. R. | Reichsverband der Privatversicherung
Waltner, Generaldirektor | Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände
Otto Ziel, Bernhart Otto | Reichsverband der Deutschen Konsumvereine (G. V.)
Schlot, W. d. R. |
| Zentrum
Marx, Senatspräsident | Zentralverband des Deutschen Großhandels (G. V.)
Dr. h. c. Haveres, Geh. Kommerzienrat | Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft
Freiherr von Wangenheim | Gesamverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften
Otto Ziel, W. d. R. | Zentralverband Deutscher Konsumvereine
S. Kaufmann, S. Wäpfler |
| Bereinigter Sozialdemokratische Partei
Fermann Müller, Reichsminister a. D. | Reichsverband des Deutschen Einzelhandels
S. Grünfeld | Reichslandbund
Die Geschäftsführenden Vorstände des Reichslandbundes | Allgemeiner Freier Angestelltenbund
Eiß, Stöbe | Reichsverband der Deutschen Landfreier
Dr. Konstantin, Landrat a. D. |
| Bayerischer Bauernbund
Eisenberger | Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (G. V.)
Dr. Pfeifer | Deutscher Bauernbund (G. V.)
W. Müller, W. d. R. W. R. | Gewerkschaftsbund der Angestellten
Dr. Combecher, Borchardt | Verein Deutscher Zeitungverleger (G. V.)
Dr. Krumpholtz, Kommerzienrat |
| Vorläufiger Reichswirtschaftsrat
Dr. G. F. von Siemens, Vizepräsident | Centralverband des Deutschen Einzelhandels
S. Grünfeld | Deutscher Bauernbund (G. V.)
W. Müller, W. d. R. W. R. | Reichsbund der höheren Beamten
Dr. Schulz, Reichsminister a. D., W. d. R. | Reichsverband der Deutschen Presse
P. Bader, W. d. R. |
| Deutscher Industrieller u. Handelstag
Franz von Mendelssohn | Centralverband des Deutschen Einzelhandels
S. Grünfeld | Vereinigung der Deutschen Bauernvereine
Freiherr v. Hertel zur Borg | Deutscher Beamtenbund
Hägler, Remmers | |
| Deutscher Landwirtschaftsverband
Dr. Brandes | Centralverband des Deutschen Einzelhandels
S. Grünfeld | Deutscher Bauernbund (G. V.)
W. Müller, W. d. R. W. R. | Reichsbund der höheren Beamten
Dr. Schulz, Reichsminister a. D., W. d. R. | |
| Preussische Hauptlandwirtschaftskammer | | Verband Deutscher Privatbankiers (G. V.)
Raron | | |

